



**Stadtratssitzung**

**Donnerstag, 9. September 2004, 17.00 Uhr und 20.35 Uhr**

**Grossratssaal im Rathaus**

---

**Traktanden**

	Geschäfts- nummer
1. Finanzplan 2005-2008; Kenntnisnahme (BAK: Friedli/FPI: Wasserfallen)	04.000410
2. Voranschlag für das Jahr 2005 ( <i>einschliesslich Steueranlage, Liegen- schaftssteuer, Beleuchtungsabgabe und Hundetaxe</i> ) (Abstimmungsbot- schaft) (BAK: Friedli /FPI: Wasserfallen)	04.000075

---

**Inhaltsverzeichnis**

	Seite
Protokoll Nr. 25 .....	1211
Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.05 Uhr .....	1212
Mitteilungen des Präsidenten/der Präsidentin .....	1213
1 Finanzplan 2005-2008; Kenntnisnahme .....	1213
2 Voranschlag für das Jahr 2005 (Abstimmungsbotschaft) .....	1221
Präsenzliste der Sitzung 20.35 bis 22.30 Uhr .....	1232
Mitteilungen der Präsidentin .....	1233
2 Fortsetzung: Voranschlag für das Jahr 2005 (Abstimmungsbotschaft) .....	1233
Eingänge .....	1254

Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.05 Uhr

---

*Vorsitzende*

Präsidentin Margrit Stucki-Mäder

*Anwesend*

Hans Peter Aeberhard	Rolf Häberli	Ueli Haudenschilch	Lydia Riesen
Michael Aebersold	Stephan Hügli		Simon Röthlisberger
Raymond Anliker	Natalie Imboden		Heinz Rub
Thomas Balmer	Mario Imhof		Erich Ryter
Oskar Balsiger	Urs Jaberg		Annemarie Sancar-Flückiger
Vinzenz Bartlome	Daniele Jenni		Sabine Schärler
Christof Berger	Michael Jordi		Doris Schneider
Dieter Beyeler	Stefan Jordi		Rolf Schuler
Margrith Beyeler-Graf	German Kalbermatten		Miriam Schwarz
Peter Blaser	Daniel Kast		Rudolph Schweizer
Markus Blatter	Rudolf Keller		Sylvia Spring Hunziker
Jsabelle Blunschy Scheidegger	Markus Kiener		Ernst Stauffer
Peter Bühler	Margareta Klein-Meyer		Ueli Stückelberger
Walter Christen	Peter Künzler		Béatrice Stucki
Anna Coninx	Daniel Lerch		Hans-Ulrich Suter
Dolores Dana	Liselotte Lüscher		Max Suter
Martina Dvoracek	Markus Lüthi		Margrit Thomet
Karin Feuz-Ramseyer	Corinne Mathieu		Martin Trachsel
Rudolf Friedli	Christian Michel		Christian Wasserfallen
Verena Furrer-Lehmann	Barbara Mühlheim		Catherine Weber
Jacqueline Gafner Wasem	Christoph Müller		Thomas Weil
Hans Ulrich Gränicher	Philippe Müller		Beat Zobrist
Guglielmo Grossi	Rosmarie Okle Zimmermann		Andreas Zysset
Thomas Göttin			

*Entschuldigt*

Peter Bernasconi	Kurt Hirsbrunner	Beat Schori
Conradin Conzetti	Andreas Krummen	Barbara Streit-Stettler
Andreas Flückiger	Erik Mozsa	

*Vertretung Gemeinderat*

Klaus Baumgartner PRD	Adrian Guggisberg HSE	Alexander Tschäppät PVT
Therese Frösch DSO	Edith Olibet BUI	Kurt Wasserfallen FPI

*Entschuldigt*

Ursula Begert DSI

*Ratssekretariat*

Jürg Stampfli

*Stadtkanzlei*

Stéphanie von Erlach

## Mitteilungen des Präsidenten/der Präsidentin

Die Vorsitzende *Margrit Stucki-Mäder* begrüsst Martin Trachsel (EVP) als neues Mitglied im Stadtrat.

### 1 Finanzplan 2005-2008; Kenntnisnahme

Geschäftsnummer 04.000410

Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Finanzplan 2005-2008.

BAK-Präsident *Rudolf Friedli* (JSVP) für die Kommission BAK: Der Finanzplan soll ein Führungsinstrument sein; als solches fällt ihm die Rolle eines Frühwarnsystems zu, welches Tendenzen aufzeigt. Die Ergebnisse des Finanzplans müssen zu korrigierenden Massnahmen führen, damit negative Entwicklungen vermieden oder zumindest gebremst werden können. Dies ist im ersten Abschnitt des Finanzplans zu lesen, den der Gemeinderat erstellt hat und der dem Stadtrat zur Kenntnisnahme vorliegt. Die BAK hat den Finanzplan 2005-2008 in ihrer Sitzung vom 20. August 2004 behandelt. Für die Jahre 2006, 2007 und 2008 sind leider wieder Defizite zu erwarten. Der Gemeinderat geht für das Jahr 2006 von einem Defizit von 4,3 Mio. Franken aus und für die Jahre 2007 und 2008 von je 5,4 Mio. Franken. Der Finanzplan sieht vor, die Abschreibung des altrechtlichen Bilanzfehlbetrags um jährlich 1,8 Mio. Franken zu reduzieren und damit die Rückzahlungen auf die nach kantonalen Vorschriften maximal zulässige Dauer bis ins Jahr 2015 zu verteilen. Bis anhin war die Begleichung der Schulden bis ins Jahr 2012 geplant. Die Investitionsplanung ist ebenfalls Teil des Finanzplans. Sie ist erstmals nach dem neuen Steuerungsmodell gemacht worden. Dieses Modell arbeitet mit Zielvorgaben für die folgenden sechs neu geschaffenen Investitionsbereiche: Tiefbau und Stadtplanung; Hochbau; Grünanlagen und Grünplanung; Fahrzeuge, Maschinen und Mobilien; Informatik und als sechsten Bereich übrige Investitionen. Bei dieser Aufzählung handelt es sich nicht um eine Rangfolge. Bis ins Jahr 2007 sind viele Grossprojekte in der Realisierungsphase. Sachliche und politische Gründe haben zu dieser Ballung von Grossprojekten in den nächsten Jahren geführt. Es handelt sich um folgende Projekte: den Bahnhofplatz, die Kram- und Gerechtigkeitsgasse, S-Bahn Wankdorf, Brünnen mit den flankierenden Lärmschutz- und Verkehrsberuhigungsmassnahmen, der Neufeldzubringer und der Richtplan zur Förderung des Fuss- und Veloverkehrs. In der Informatik steht zudem ein notwendiges Grossprojekt an und die Lokale Agenda 21 wird ebenfalls als Grossvorhaben eingestuft. Die unerwähnt gebliebenen Grossvorhaben sind auf Seite 13 des Finanzplans nachzulesen. Aufgrund der Grossvorhaben in Tiefbau und Informatik hat der Gemeinderat die Zielvorgaben bis ins Jahr 2007 um jährlich 10 Mio. auf 31 Mio. Franken erhöht. Dies hat eine entsprechende Ausrichtung des Finanzplans zur Folge. In der BAK wurden verschiedene Fragen gestellt; beispielsweise Fragen nach der Höhe der erwarteten Steuererträge, ob und gegebenenfalls wie sich die Sparmassnahmen des Bundes auf die Stadt Bern auswirken werden oder nach den Folgen des kantonalen Lastenausgleichs. Wir mussten zur Kenntnis nehmen, dass der Finanzplan in den angesprochenen Bereichen immer mit grösstenteils unbekanntem Faktoren erstellt werden muss. Bei den Steuererträgen ist man auf die Erfahrungen des Steuerverwalters angewiesen, welcher in den letzten Jahren die Erträge ziemlich genau abzuschätzen vermochte. Andere Bereiche, wie beispielsweise die Auswirkungen der Bundespolitik auf die Stadt, hängen von politischen Entwicklungen ab. Dies zeigt, dass Finanzpläne viele Variablen enthalten und deshalb wirklich nur Tendenzen aufzeigen können.

Auf Seite 16 des Finanzplans macht der Gemeinderat im zweiten Lemma auf das Risiko aufmerksam, dass ein Investitionsüberhang neuer Vorhaben bei gleichzeitig ungenügender Werterhaltung besteht. Es wird zu viel Neues gebaut und zu wenig in bestehende Anlagen investiert. Auf Seite 8 ist zu lesen, dass die Thematik „Werterhaltung und Neuinvestition“ im Gemeinderat offenbar zu einem Konflikt geführt hat. Trotz intensiver Diskussionen konnte der Gemeinderat nun lediglich das Investitionsbudget, nicht aber die Mehrjahresplanung bis ins Jahr 2008 definitiv beschliessen. Auch unter den Stadratsparteien dürften die Meinungen über die Prioritätensetzung in diesem Punkt auseinander gehen.

Die BAK hat vom Finanzplan 2005-2008 einstimmig Kenntnis genommen. Es hat sich niemand für eine zustimmende noch für eine ablehnende Kenntnisnahme ausgesprochen.

### **Fraktionserklärungen**

*Ueli Stüchelberger* (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Die Fraktion GFL/EVP nimmt den Finanzplan 2005-2008 positiv zur Kenntnis. Wir blicken der Entwicklung der städtischen Finanzen zuversichtlich entgegen. Die Lage scheint sich stabilisiert zu haben. Wir danken für die klare und übersichtliche Struktur des Finanzplanes. Wir erachten den Finanzplan als gutes Führungsinstrument für den Stadtrat, welches erlaubt, Entwicklungen abzulesen. Aus folgenden Gründen sind wir zuversichtlich: Bei gleich bleibender Steueranlage, bei hohen Abschreibungen auf den altrechtlichen Fehlbeträgen und einer konservativen Schätzung von Steuererträgen werden uns ausgeglichene Budgets präsentiert. Wir stimmen der Annahme einer mittelfristig unveränderten Steueranlage und der entsprechenden Planung zu. Weder eine Steuererhöhung noch eine Steuersenkung erachten wir im Moment als sinnvoll. Die eingeleiteten Sparmassnahmen tragen Früchte.

Wir sehen vorab drei grössere Ungewissheiten beziehungsweise Risiken, welche auf die Stadt Bern zukommen könnten. Zum einen sind das die verschiedenen Sparmassnahmen wie der neue Finanzausgleich oder die Entlastungsprogramme des Bundes, deren Auswirkungen schwer abzuschätzen sind und ein relativ grosses Risiko darstellen. Zum anderen sind die reduzierten Investitionen im Tiefbau zu erwähnen. In diesem Bereich besteht Nachholbedarf. Es ist unklar, ob hier grosse Schulden aufgebaut werden sollen, weil man in Zukunft vermehrt Investitionen tätigen muss oder ob auf Kosten der zukünftigen Generationen gelebt werden kann. Der dritte Punkt betrifft die Kultur. Wir befürworten Investitionen in die Kultur, hegen jedoch auch gewisse Befürchtungen bezüglich der Folgekosten. Es zeichnet sich ab, dass sich beispielsweise die Betriebskosten des Zentrums Paul Klee oder des Museums für Gegenwartskunst auf die laufende Rechnung stark niederschlagen werden. Es handelt sich hierbei um jährlich wiederkehrende Kosten. Es gilt, die Entwicklung achtsam zu verfolgen.

Zur Investitionsplanung: Viele uns wichtige Investitionen sind nur in zweiter Priorität aufgeführt. Es ist uns jedoch klar, dass es nicht möglich ist, alles, was uns wichtig erscheint, in erster Priorität umzusetzen. Die zur Verfügung stehenden Mittel sind zu Recht begrenzt. Würden mehr Investitionen getätigt, müssten wir das indirekt durch höhere Abschreibungen büssen. Damit wäre es noch viel schwieriger, ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren. Wichtige Investitionen werden jedoch vorrangig behandelt. Dazu gehören die Projekte der Lokalen Agenda 21, die Schaffung von Begegnungszonen, Renaturierungen und Quartierplanungen. Unklar sind die Investitionsplanungen der ewb. Da es sich jährlich doch um 120 bis 140 Mio. Franken handelt, hätte das Parlament eigentlich ein Anrecht darauf, zu wissen, was konkret geplant wird. Abschliessend ist zu sagen, dass man der finanziellen Lage der Stadt Sorge tragen muss, so dass sie stabil bleibt. Wir sind betreffend Finanzplan zuversichtlich. Es ist möglich, bei gleich bleibender Steueranlage ausgeglichene Budgets zu präsentieren. Es gilt jedoch darauf zu achten, dass die vernachlässigten Investitionen in den Tiefbau und die Betriebskosten der neuen Kulturinstitutionen sich mittelfristig nicht allzu stark auf die laufenden

Rechnungen der Stadt niederschlagen. Wir bitten um zustimmende Kenntnisnahme des Finanzplanes 2005-2008.

*Stephan Hügli* (FDP) für die Fraktion FDP: Auf den ersten Blick scheinen das Budget und der Finanzplan gut zu sein. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich jedoch, dass mit grosser Wahrscheinlichkeit auch in den folgenden Jahren mit einem unausgeglichenen Budget zu rechnen ist. Die Frage nach der Zustimmung zum Finanzplan ist eine müssige Frage. Der Finanzplan wurde in der Finanzdirektion seriös erarbeitet und wird vom Gemeinderat auch so präsentiert. In dieser Hinsicht ist der Finanzplan zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Der Gemeinderat hat jedoch die falschen Schlussfolgerungen daraus gezogen und demnach auch die falschen Massnahmen geplant. Aus dieser Sicht ist der Finanzplan abzulehnen. Deshalb wird die Fraktion FDP den Finanzplan lediglich zur Kenntnis nehmen; weder zustimmend noch ablehnend. NSB ist nun erstmals ernsthaft zur Anwendung gekommen. Die erfreuliche Konsequenz besteht darin, dass wir dieses Jahr so viele Anträge haben wie nie zuvor. Dies zeigt, dass man sich in den Fraktionen breit mit den Themen auseinandergesetzt hat. Wir hätten auch dieses Jahr gerne eine Steuersatzsenkung auf 1,5 gesehen. Die Gründe, weshalb wir diese Forderung nun nicht geltend machen, werde ich noch anführen.

Zu den beeinflussenden und berücksichtigten Elementen im Finanzplan: Das Problem beim Finanz- und Lastenausgleich und beim Zentrumslastenausgleich besteht darin, dass man den konkreten Ausgang nicht vorhersehen kann. Es sind zahlreiche Unsicherheiten vorhanden. Dies macht das Ganze kaum planbar. Die Abschaffung der Billettsteuer wurde im letzten Budget gut verkraftet. Dies wäre auch in diesem Budget problemlos möglich. Die Beleuchtungsabgabe von 3 Mio. Franken konnte in den Finanzplan aufgenommen werden. Es stellt sich auch die Frage, wo die Sparmassnahmen aus den bisherigen Paketen verblieben sind. Es ist unklar, wo und wie viel eingespart wurde. Es stellen sich weitere Fragen: Wo sind die angekündigten Grosseinnahmen aus der LSVA geblieben und in welcher Grössenordnung bewegen sich diese Beträge? Unbefriedigend ist auch die Lösung ewb und StaBe. Der StaBe-Effekt wird als kontinuierlich angenommen. In Wirklichkeit wird der Effekt jedoch abnehmen, denn die in der Stadt vorzunehmenden Abschreibungen werden in Zukunft wieder grösser werden. Im übernächsten Jahr wird sehr wahrscheinlich das Stromversorgungsgesetz in der Schweiz greifen. In der Folge werden die Elektrizitätswerke nicht mehr im bisherigen Umfang Gewinne machen können, denn der Strommarkt wird durch die schweizerische Gesetzgebung reguliert werden. Zwar ist es den Werken noch erlaubt, für das eingesetzte Kapital einen vernünftigen Zins zurückzuerhalten, aber es werden keine grossen Gewinne mehr abgeschöpft werden können. Erwähnt soll auch die Tatsache werden, dass wir den altrechtlichen Finanzfehlbetrag weiterhin mit etwa einem Steuerzehntel abtragen.

Das Wirtschaftswachstum erscheint im Finanzplan zu optimistisch. Der Personalaufwand ist realistisch berechnet. Es gilt zu bedenken, dass die Auslagerung der StaBe lediglich ein buchhalterischer Trick war und die insgesamt 27 Mio. Franken nicht wirklich eingespartes Geld sind. Aus genannten Gründen wird dieser Effekt in zehn Jahren gleich null sein und dies muss längerfristig ausgeglichen werden. Die getätigten und die neuen Investitionen müssen weiterhin mit 10% abgeschrieben werden. Der Gemeinderat bringt seine Differenzen bezüglich Werterhaltung oder Neuinvestitionen in seinen Finanzplanungsannahmen klar zum Ausdruck. Die Mittel reichen jedoch schon heute nicht aus, die nötigen Unterhaltsinvestitionen zu tätigen. Dies ist schlecht. Die Steuerschätzung scheint uns eher optimistisch. Die anhaltende Abwanderung von gutem Steuersubstrat aus der Stadt wird in der Finanzplanung ungenügend berücksichtigt.

Zur Investitionsplanung: Wir begrüssen die neu geschaffene Arbeitsgruppe AMIP, welche, basierend auf sechs Investitionsbereichen, die Investitionen koordinieren und als mittel- und langfristiges Planungsinstrument dienen soll, um die Investitionsmöglichkeiten optimal aus-

schöpfen zu können. Die Absicht des Gemeinderats, vorrangig werterhaltende Massnahmen zu beschliessen, begrüessen wir ebenfalls. Angesichts des Budgets zweifle ich jedoch, ob dies wirklich realisiert werden möchte. Werden doch vorwiegend Konsuminvestitionen und gewisse Neuinvestitionen getätigt. Der verschachtelte Satz im zweiten Absatz auf Seite 8 sagt im Grunde nichts anderes aus, als dass sich der Gemeinderat nicht auf eine Investitionsplanung einigen konnte, da der Werterhalt und die Neuinvestitionen im Tiefbau die Investitionsmöglichkeiten der Stadt bereits überschreiten. Deshalb hat der Gemeinderat darauf verzichtet, genauer für die nächsten Jahre zu planen. So hat man das Augenmerk offensichtlich nur auf das Budget gerichtet ohne weitsichtig zu planen.

Wir teilen viele der gemachten Überlegungen, welche in Budgetperspektive und Finanzplan ihren Niederschlag finden. Auf einige Punkte soll an dieser Stelle hingewiesen werden: Das Thema StaBe habe ich bereits ausgeführt. Der Personalaufwand darf nicht kontinuierlich steigen und immer denselben Anteil der Ausgaben behalten. Die Investitionen, die teilweise in Millionenhöhe in Informatik und Automatisierung getätigt werden, müssen sich auch auf Personalseite auswirken. Wir beabsichtigen weder Lohnkürzungen noch Entlassungen, sondern es soll eine leichte und kontinuierliche Senkung des Personalbestandes über die normalen Personalfluktuationen angestrebt werden. Neue Aufgaben müssen durch bestehendes Personal übernommen und überholte Aufgaben sollten abgebaut werden. Schlimm ist der Investitionsüberhang bei ungenügendem Werterhalt. Der Personalvorsorgekasse müssen wir weiterhin Annuitäten zahlen. Wir sehen zwar noch nicht schwarz, auf die Deckungslücke in der Pensionskasse muss jedoch ein wachsames Auge geworfen werden. Diese Deckungslücke hätte im Finanzplan berücksichtigt werden müssen. Wir teilen die Überlegungen zu den Chancen. Da Bund und Kanton das Geld fehlt, sind wir allerdings nicht ganz so optimistisch. Zu einem letzten Punkt: Die Konzessionserträge sinken um etwa 0,5 Mio. Franken, weil das Plakatreglement zu Mindereinnahmen führt. Mit diesem Geld hätte man jedoch Kulturausgaben finanzieren können. Abschliessend komme ich zu meinen drei Hauptpunkten: Zu den Stadtbauten ist neben dem Erwähnten folgendes zu nennen: entgegen der Annahmen liefert die StaBe an die Stadt keine Gewinne ab. Dies muss sich dringend ändern. In den ersten Jahren hätte man einige Millionen Franken erwartet. Der zweite Punkt betrifft den Steuerertrag, der zu optimistisch ist. Zusätzlich wurden 2,4 Mio. Franken Rückstellungsentnahmen gemacht. Dies ist unseriös vom Gemeinderat. Als letzten Punkt nenne ich hier den Sachaufwand. Dieser erhöht sich einfach so um 4,2%. Diese gewaltige Erhöhung ist grösser als das Wachstum der Ausgaben und überschreitet den Rahmen dessen, was tolerierbar ist.

Die Fraktion FDP hat Anträge zum Budget gestellt. Wir werden nicht rigoros auf allen unseren Anträgen beharren. Sollten jedoch substantielle Kürzungen der neuen Ausgaben nicht möglich sein, werden wir das Budget 2005 ablehnen. Die getätigten Konsumausgaben müssen in Zukunft entweder mit neuen Sparpaketen oder mit der Streichung von frisch gewährten Beiträgen wieder kompensiert werden. Da wir uns dies nicht leisten können, werden wir den vorliegenden Finanzplan eher ablehnend als zustimmend zur Kenntnis nehmen.

*Catherine Weber* (GB) für die Fraktion GB/JA!/GPB: Wie in den vergangenen Jahren und sicher noch bis Ende des Jahres 2015 steht die Finanzplanung der Stadt Bern, und damit verbunden die Investitionsplanung, im Schatten der altrechtlichen Schulden. Es ist aus den Unterlagen zum Finanzplan ersichtlich, dass per Ende 2005 von einer Abschreibung von 189,592 Mio. Franken ausgegangen wird. Würde man den voraussichtlich verbleibenden Restbetrag gleichmässig auf die Jahre bis 2015 verteilen, könnte die Stadt Bern eine leichte Verbesserung für die Jahre 2006 bis 2008 um je 1,8 Mio. Franken realisieren. Diese Zahlen zeigen eindrücklich die engen Grenzen, welche dem städtischen Haushaltsbudget gesetzt sind. Wir können keine grossen Sprünge machen und der beste Finanzplan ist natürlich auch nur dann zuverlässig, wenn alle äusseren Rahmenbedingungen stimmen und so bleiben, wie man sie

einschätzt. Die drohende Steuersenkung beim Kanton und weitere Sparmassnahmen beim Bund werden direkt oder auf Umwegen die Gemeinden treffen und stellen für die nahe Zukunft grosse Unbekannte dar. Wir können den Finanzplan und den Investitionsplan lediglich zur Kenntnis nehmen. Unsere Fraktion nimmt den vorliegenden Finanzplan positiv zur Kenntnis. Wir attestieren dem Gemeinderat und der Finanzverwaltung einen sorgfältigen Umgang mit den Ressourcen. Dies gilt auch für die Kontrolle über die Massnahmen zur Haushaltsverbesserung. Es ist vernünftig, bei den Steuereinnahmen im Bereich der äussersten Vorsicht zu bleiben. Bei der Frage, ob vermehrt in neue Projekte oder in erwiesenermassen notwendige Unterhaltsarbeiten investiert werden soll, gehen die Meinungen auseinander. In seinem Antrag an den Stadtrat hält der Gemeinderat fest, dass er gemäss Finanzplanung ab 2006 mit einem Defizit von rund 5 Mio. Franken rechnet. Dies klingt nach Zweckpessimismus, um allfällige weitere Investitionsideen des Parlaments im Keim zu ersticken. Es wird sich zeigen, ob sich diese Prognosen erfüllen werden. Die Stadt Bern steht nicht isoliert da, sondern ist von vielfältigen Bestimmungen und Zwängen abhängig, wie beispielsweise von kantonalen Bestimmungen wie dem Finanz- und Lastenausgleich, vom Neuen Finanzausgleich des Bundes (NFA), von der Bereitschaft der Agglomerationsgemeinden, sich weiterhin oder sogar zunehmend an Zentrumsaufgaben der Stadt, wie beispielsweise der Kultur, zu beteiligen und schliesslich auch von der Bereitschaft des Bundesrates, sich endlich auch finanziell vermehrt um die Hauptstadt zu kümmern.

Bei der Investitionsplanung kann man zur Kenntnis nehmen, dass der Gemeinderat beschlossen hat, die Zielvorgaben von 21 Mio. Franken bis 2007 um jährlich 10 Mio. Franken zu erhöhen. Der Finanzdirektor hat in der BAK deutliche Worte gesprochen und festgehalten, dass der Stadtrat unter Umständen auf bereits beschlossene Vorhaben verzichten müsse, möglicherweise sogar auf solche, welche vom Volk bereits beschlossen worden seien. Dies lässt uns aufhorchen. Der Gemeinderat wird darüber jedoch nicht alleine entscheiden können und es werden entsprechende Diskussionen im Parlament stattfinden. Zudem hat der Finanzdirektor in der BAK gesagt, dass alle Vorhaben, welche in der Investitionsplanung auf der Liste zweite Priorität hätten, im Prinzip nicht mehr realisierbar seien. Das können wir so nicht akzeptieren. Insbesondere Massnahmen zur Sicherung und Beruhigung des Verkehrs sowie Massnahmen zur Wohnumfeldverbesserung sind mindestens ebenso wichtig wie die bekannten Grossprojekte und teilweise längst überfällig. Hier erwarten wir vom Gemeinderat ein Umdenken. Letztendlich zahlt es sich doppelt aus, wenn das Lebensumfeld in der Stadt und in den Quartieren gut ist und noch besser wird und die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in der Stadt bleiben.

Eine letzte Anmerkung zu den Personalkosten, welche immer wieder thematisiert werden, weil sie jedes Jahr ein wenig ansteigen. Dieser Anstieg liegt in der Natur der Sache, denn der Teuerungsausgleich und Lohnerhöhungen sind im Personalreglement vorgesehen und dies ist auch richtig so. Es sollte dabei nicht vergessen werden, dass in all den Jahren das Personal beim Sparen enorm mitgeholfen hat. Zudem sind wir dem Personal den Nachhang beim Teuerungsausgleich schuldig. In den Budgetperspektiven sind lediglich für das Jahr 2005 explizit 0,25% für den Abbau des bestehenden Teuerungsnachhangs berücksichtigt. In den Jahren 2006 bis 2008 werden nur 1,5% für den gesamten Personalkostenzuwachs veranschlagt. Es bleibt demnach kaum Spielraum, um diese Schuld gegenüber dem Personal weiter abzubauen.

*German Kalbermatten* (CVP) für die Fraktion CVP/ARP: Die CVP/ARP-Fraktion hat sich mit dem Finanzplan 2005-2008 auseinandergesetzt und nimmt ihn zur Kenntnis. Zu den Budgetperspektiven: Unsere Fraktion teilt die Haltung des Gemeinderats, dass die Fortführung einer straffen Haushaltspolitik für die Gesundung der Stadtfinanzen unerlässlich ist. Ich wage jedoch zu bezweifeln, ob wir unter straffer Haushaltspolitik dasselbe verstehen. Die Fraktion CVP/ARP

setzt in den zukünftigen Gemeinderat grosse Hoffnungen und erwarte, dass Aussagen nicht nur Lippenbekenntnisse bleiben, sondern vom Gemeinderat und vom Stadtrat konsequent umgesetzt werden. Zur Investitionsplanung: Für unsere Fraktion hat der Werterhalt von Anlagen, Gebäuden und Betriebsmitteln so lange Priorität, bis der ungenügende Unterhalt aufgeholt ist. Die StaBe ist doch gerade zu dem Zweck gegründet worden, um vermehrt Mittel für die Aufarbeitung dieser Unterhaltsdefizite zur Verfügung zu stellen. Der Tatbeweis hierfür muss noch erbracht werden. Wir sind der Meinung, dass die vergleichsweise enorm hohen Tiefbauinvestitionen auf ein tieferes Niveau gebracht werden müssen. Neue Hochpreisprojekte wie beispielsweise der neue Bahnhofplatz blockieren normale Investitionen über Jahre. Die CVP/ARP-Fraktion verlangt die Zurückstellung von Hochpreisprojekten, bis sich die Stadt Investitionen in dieser Grössenordnung wieder leisten kann.

Unserer Ansicht nach ist es unabdingbar, dass die Zielvorgaben des Finanzplanes eingehalten werden. Allfällige Verschiebungen, welche durch Projekte mit hohen Kosten verursacht werden, müssen durch Einsparungen kompensiert werden. Nötigenfalls muss dies durch die Streichung von geplanten Projekten und vorgesehenen Ausgaben erfolgen. Der gesetzte finanzielle Rahmen muss unbedingt eingehalten werden.

*Erich Ryter (SVP) für die Fraktion SVP/JSVP:* Mit dem Finanzplan tut der Gemeinderat kund, wie er in der Legislatur 2005-2008 mit den Finanzen der Stadt Bern umzugehen gedenkt. Je nach Optik kann der vorliegende Finanzplan zustimmend oder ablehnend zur Kenntnis genommen werden. Die Fraktion SVP/JSVP hat sich mit dem Finanzplan auseinandergesetzt. Der Gemeinderat hat den Bericht der FPI betreffend Finanzplan zur Kenntnis genommen und diesen nach offenbar längerer Diskussion bereinigt. Unter anderem wurde der Steuerertrag bei natürlichen Personen um 1 Mio. Franken erhöht. Bis anhin waren die diesbezüglichen Prognosen der FPI gut. Es ist nicht nachvollziehbar, warum der Gemeinderat plötzlich eine Million mehr Ertrag beschliesst. Es fehlen die notwendigen Indizien. Es ist fraglich, ob die Passivzinsen auf diesem tiefen Niveau bleiben werden. Tendenziell könnten sie auch ansteigen. Sämtliche Vorhaben werden in die Objektliste der Investitionsplanung aufgenommen, selbst wenn dadurch die Zielvorgaben überschritten werden. Das ist insofern richtig, als alles aufgelistet wird, was in Zukunft noch auf uns zukommen wird. Das Problem besteht jedoch darin, dass die Folgekosten uns weiterhin belasten werden. Wir haben den Eindruck, der Gemeinderat sei nicht wirklich gewillt, die Haushaltsverbesserungsmassnahmen real umzusetzen. Hier sei der Personalaufwand erwähnt, der bei gleich bleibender Bevölkerungszahl jährlich steigt. Der Gemeinderat sagt zwar, dass er ein nachhaltiges Haushaltsgleichgewicht erreichen möchte, wir erkennen jedoch, dass einzelne Direktionsvorsteherinnen und Direktionsvorsteher ihre eigenen Interessen in den Vordergrund stellen und somit den Blick fürs Ganze verlieren. Dies wird insbesondere deutlich, wenn es um die Übernahme neuer Aufgaben geht. Es liegt auf der Hand, dass bei der politischen Zusammensetzung des Gemeinderats das bürgerliche Gedankengut unter die Räder kommt. Es scheinen jedoch viele zu vergessen, dass die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Sicherung der Sozialleistungen und die Kontinuität der Wirtschaft zu einem sehr grossen Teil in bürgerlicher Hand liegt.

Für das Jahr 2005 wird ein ausgeglichenes Budget ausgewiesen. Dies ist bei einer Steueranlage von 1,54 an sich gut. Wir hätten jedoch lieber eine tiefere Steueranlage. Dann könnten wir vielleicht von mehr Steuerertrag sprechen, wenn es in der Folge zum Zuzug guter Steuerzahler und von Gewerbe wie KMU kommt, was mit der Schaffung von Arbeitsplätzen einhergeht. Für die Jahre 2006 bis 2008 wird ein Defizit von etwa 5 Mio. Franken pro Jahr ausgewiesen. Bei 900 Mio. Franken mag es sich hierbei vielleicht um eine Planungsunschärfe handeln. Es wird jedoch richtig bemerkt, dass die Risiken der konjunkturellen Entwicklung nicht voraussehbar sind. Angesichts dieser Tatsache sollte man mit Entwicklungsprognosen äusserst vorsichtig sein. Die Fraktion SVP/JSVP hat sich immer dafür ausgesprochen, den alt-

rechtlichen Fehlbetrag abzubauen und keine neurechtlichen Fehlbeträge zu dulden. An dieser Meinung wird sich nichts ändern. Es wäre irrig, zu glauben, es bestünde aufgrund der ausgeglichenen Rechnung der vergangenen zwei Jahr mehr Spielraum. Es gilt, sich weiterhin auf die Kernaufgaben der Stadt zu beschränken und nicht immer wieder neue Aufgaben wahrzunehmen. Wir begrüssen den Willen des Gemeinderats, diejenigen Aufgaben zu streichen, welche nicht zwingend von der Gemeinde erbracht werden müssen. Den Worten sollten nun aber auch Taten folgen.

Zur Investitionsplanung: In diesem Bereich besteht ein sehr grosses Manko. Das Thema Werterhaltung bereitet uns grosse Sorgen, von Wertvermehrung gar nicht zu sprechen. Die angesprochene Werterhaltung beim Hoch- und Tiefbau scheint nicht attraktiv zu sein.

Die Fraktion SVP/JSVP nimmt den Finanzplan ablehnend zur Kenntnis. Es muss weiterhin gespart werden.

*Raymond Anliker (SP) für die Fraktion SP/JUSO:* Der vorliegende Finanzplan zeigt, wie man die Sparpolitik weiterhin erfolgreich umsetzen möchte und ist in diesem Sinne eine Erfolgsgeschichte der politischen Mehrheit in dieser Stadt. Ich erlaube mir die Bemerkung, dass der Finanzplan nicht wegen, sondern trotz des federführenden Gemeinderatsmitglieds Ausdruck unseres Willens ist, die Finanzen der Stadt Bern ohne sozialpolitischen Kahlschlag wieder ins Lot zu bringen. Unsere Sparpolitik orientiert sich am Machbaren und am Grundsatz der sozialen Verträglichkeit. Dies trifft auf gewisse Anträge von bürgerlicher Seite zum Budget mit Sicherheit nicht zu. Diese zielen nämlich darauf ab, soziale Einrichtungen ausbluten zu lassen, das Dienstleistungsangebot der öffentlichen Hand zu privatisieren und dort Subventionen abzubauen, wo sie nicht ihrer Klientel zugute kommen. Gewinne werden privatisiert und Verluste sozialisiert. Die konservative Berechnung der Steuererträge hat eine gewisse Berechtigung. Die Perspektiven sind nicht rosig, aber auch nicht katastrophal. Eine Steuersenkung ist jedoch kein Thema. Bund und Kanton wälzen zur Gesundung ihrer Finanzen in erster Linie Lasten auf die Gemeinden ab. Zudem werden viele Leistungen, welche die Stadt für die Region und den Kanton erbringt, nur teilweise abgegolten. Trotzdem können wir die altrechtlichen Schulden abbauen. Dies gelingt uns nicht mit spektakulären Vorschlägen, sondern nur durch eine solide, beharrliche und sozial umsichtige Finanzpolitik. Wer in dieser Debatte behauptet, die politische Mehrheit handle fahrlässig, lügt. Die Fraktion SP/JUSO nimmt den Finanzplan zustimmend zur Kenntnis, gibt aber zu Einzelheiten folgendes zu bedenken: Mit Erstaunen müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass die Reduktion des Gemeinderats nicht den vielfach versprochenen Spareffekt von 5 Mio. Franken pro Jahr bringt. Es wäre natürlich vermessen, diesen Betrag bereits ab dem nächsten Jahr zu erwarten, aber die ausgewiesenen Beträge von 0,7 bis 1,7 Mio. Franken liegen massiv unter den Versprechungen, welche im Abstimmungskampf wiederholt gemacht worden sind. Ich hege den Verdacht, dass sich die Befürchtungen, dass der Spareffekt letztlich bescheiden sein wird, bewahrheitet. „5 statt 7“ als Flaggship der bürgerlichen Sparpolitik ist in dieser Hinsicht ein Rohrkrepieler.

Wir haben alle festgestellt, dass Grossprojekte die Investitionsbudgets praktisch auffressen. Dies führt dazu, dass Investitionen in zweiter Priorität wahrscheinlich nie realisiert werden können. Nota bene werden praktisch alle parlamentarischen Aufträge erst in zweiter Priorität behandelt. Unser Einfluss auf die Prioritätensetzung ist bescheiden. Wir können höchstens die Unterstützung von Grossprojekten verweigern, was uns auch nicht weiter bringt. Die Diskussionen in der BAK haben auf einen Handlungsspielraum hingewiesen. Die SP/JUSO-Fraktion stellt hier ganz klare Forderungen: Für das Projekt Tram Bern West sind in der Planung 5 Mio. Franken eingestellt, welche jetzt bekanntlich diesem Zweck nicht mehr zufließen werden. In der BAK wurde gesagt, dass dieser Betrag jetzt vor allem für den Strassenbau eingesetzt werde. Die Gestaltung des Strassenraums war Teil der Vorlage und hätte eine Aufwertung für Bern West mit sich gebracht. In diesem Sinne gilt es natürlich zu prüfen,

ob ein Teil der Gelder hierfür eingesetzt werden soll. Wir verlangen jedoch, dass erstens Investitionen zur Wohnumfeldverbesserung, zweitens Investitionen zur Verkehrsberuhigung und drittens Investitionen zur Gebietsaufwertung im weiteren Sinne aus diesen 5 Mio. Franken getätigt werden. Diese Forderungen deponieren wir beim Gesamtgemeinderat, im Wissen darum, dass sie dort verstanden und respektiert werden.

Ein Finanzplan beinhaltet logischerweise eine gewisse Unschärfe. Er ist ein Planungsinstrument und weist als solches auf Tendenzen hin. Die konkrete Planung findet dann im Budget statt. Die Fraktion SP/JUSO nimmt den Finanzplan zustimmend zur Kenntnis.

Direktor FPI *Kurt Wasserfallen* für den Gemeinderat: Ich danke dem BAK-Präsidenten für die Vorstellung des Finanzplans. Ich danke auch für die allgemein gute Aufnahme und für die Erkenntnisse, welche die einzelnen Fraktionen daraus gezogen haben. Der Finanzplan soll eine Sicht in die Zukunft gewähren. Der Finanzplan 2005 bis 2008 und das Budget 2005 stellen für mich eine Einheit dar. Die Annahmen, welche als Basis für die Erstellung des Finanzplanes dienen, sind nach bestem Wissen und Gewissen und Erfahrungen festgelegt worden. Einige Bemerkungen zum Finanzplan: In einem ersten Punkt möchte ich auf die Finanzkennzahlen hinweisen, welche auf den Seiten 20 und 21 zu finden sind. Der Selbstfinanzierungsgrad ist gut bis ausgezeichnet, hat jedoch einen Haken. Er spiegelt falsche Tatsachen vor, denn die Abschreibung des altrechtlichen Bilanzfehlbetrags ist darin enthalten. Ohne diese Rubrik liegt der Selbstfinanzierungsgrad weit unter 100% und ist damit völlig ungenügend. Wir verschulden uns also bereits heute bei ungenügenden Investitionen. Wir sollten vermehrt in den Werterhalt investieren. Neue Vorhaben sind finanztechnisch nicht gesichert. Beim Teil der Investitionsplanung ist zu sehen, dass vor allem in den Verwaltungsdirektionen viel mehr Investitionen vorgesehen sind, als es die dem Finanzplan zugrunde liegenden Quoten zulassen. Nach einigen Diskussionen ist der Investitionsplan verabschiedet worden. Wir haben die BAK über das Wesen und die Auswirkungen der Investitionen kurz informiert. Der Selbstfinanzierungsanteil, also diejenige Zahl, welche Auskunft über die finanzielle Leistungsfähigkeit einer Gemeinde gibt, ist ungenügend. Trotz weiterem Schuldenabbau ist auch der Zinsbelastungsanteil nach wie vor zu hoch. Der Kapitaldienstanteil ist gut, wobei auch dies täuscht. Die Abschreibungen sollten höher sein, da wir mehr investieren sollten. Der Cashflow ist immer positiv. Das Defizit befindet sich im Streubereich. Ich verweise noch auf die Schlussfolgerungen und den Ausblick auf Seite 15. Dort sind die erheblichen Risiken aufgelistet, welche es zu beherzigen gilt. Wir müssen überlegen, wie in unserer Finanzlage zu reagieren ist, wenn aufgrund des Finanz- und Lastenausgleichs von Bund und Kanton Forderungen auf uns zukommen. Hinweisen möchte ich auch auf die Frage nach der Pensionskasse und nach der Übernahme neuer Aufgaben und damit verbundener Auslagen. Chancen liegen beispielsweise im Neuen Finanzausgleich des Bundes (NFA), eventuell in der Agglomerationspolitik von Bund und Kanton oder im Bundesstadtstatus von Bern. Diese Chancen könnten aber leider einfach nur Hoffnungen bleiben. Die finanziellen Grundsätze des Gemeinderats geben jedoch auch immer wieder Anlass zur Hoffnung. Im Finanzplan steht auf Seite 15 geschrieben, dass wir keine neuen Defizite möchten, die Finanzsanierung durch Sparmassnahmen erfolgen soll, dass die längerfristige Schaffung von Eigenkapital erreicht werden soll und es wird auch ein Hinweis auf den Werterhalt gemacht. Letztendlich müssen wir ohne die Hilfe von aussen unsere Finanzen im Griff haben.

Ueli Stückelberger hat gefragt, warum das Parlament bezüglich ewb nicht mehr erfahre. Auf Seite 14 des Finanzplans ist eine Auflistung zu finden. Reglementarisch ist eine detaillierte Information nicht vorgesehen. Zur Frage von Stephan Hügli betreffend LSVa: Die Abrechnungen sind jetzt in Ordnung und alles läuft in geordneten Bahnen. Deshalb steht im Finanzplan nichts mehr dazu. Zur Forderung nach Gewinnablieferung durch die StaBe: Ich erachte es als sinnvoller, wenn die Gewinne für jene Aufgaben, welche die StaBe erfüllen muss, eingesetzt

werden. Zur Kritik von Raymond Anliker betreffend Gemeinderat „5 statt 7“: Ab 2007 haben wir 2,7 Mio. Franken mehr zur Verfügung. Bereits 2005 sind es 0,7 Mio. Franken. Wir sind zwar noch nicht am Ziel, aber der neue Gemeinderat wird sich mit dieser Frage wieder befassen. Fazit: Der Finanzplan sieht mit prognostizierten Defiziten zwischen 4 und 6 Mio. Franken, welche bei einer Finanzplanung durchaus im Streubereich liegen, gut aus. Eine vertiefte Analyse und Trends der letzten Jahre zeigen, dass äusserste Vorsicht geboten ist, denn neu-rechtliche Defizite können wir uns nicht leisten. Dennoch möchten wir die notwendigen Aufgaben zeitgerecht erfüllen. Dazu werden im Investitionsbereich noch Grundlagen erarbeitet. Nach zahlreichen Sparrunden und Auseinandersetzungen politischer Natur ist eine Ausgabeneuphorie fehl am Platz und wäre unfair gegenüber den Steuerzahlenden und unserem Personal. Ich bitte um Kenntnisnahme des vorliegenden Finanzplanes.

### **Beschluss**

Der Finanzplan 2005-2008 wird vom Rat mit 30 : 22 Stimmen bei 4 Enthaltungen zustimmend zur Kenntnis genommen.

## **2 Voranschlag für das Jahr 2005 (Abstimmungsbotschaft)**

Geschäftsnummer 04.000075

### *Gemeinderatsantrag*

1. Der Stadtrat genehmigt das Produktegruppen-Budget 2005 mit den Globalkrediten pro Dienststelle, den übergeordneten Zielen und den Steuerungsvorgaben zu Handen der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger.
2. Er ermächtigt den Gemeinderat, das Produktegruppen-Budget der neuen Struktur ab 1.1.2005 gemäss Regierungs- und Verwaltungsreform 2004 ohne Veränderung des Nettoaufwandes des Gesamtbudgets anzupassen; beschlossene Globalbudgets können nach Bedarf aufgeteilt werden.
3. Er genehmigt die Botschaft an die Gemeinde mit folgendem Beschlussesentwurf:  
Die Stadt Bern, nach Einsicht in die Botschaft des Stadtrats vom 16. September 2004, gestützt auf Artikel 36, Buchstabe g der Gemeindeordnung, beschliesst:  
Der Voranschlag der Laufenden Rechnung 2005 mit Produktegruppen-Budgets – enthaltend Globalkredite pro Dienststelle, übergeordnete Ziele und Steuerungsvorgaben – der bei Aufwendungen und Erträgen von je Fr. 898 305 778.28 ausgeglichen ist, wird genehmigt. Die Steuersätze werden wie folgt festgelegt:
  - die **Steueranlage** beläuft sich auf das **1,54fache** (unverändert) der für die Staatssteuern geltenden Einheitsansätze;
  - die **Liegenschaftssteuer** beträgt weiterhin **1,5 Promille** des amtlichen Wertes;
  - die **Beleuchtungsabgabe** bleibt bei **0,125 Promille** des pflichtigen Grundeigentums nach dem amtlichen Wert;
  - die **Hundetaxe** je Hund und Jahr beträgt wie bisher **Fr. 100.00**.

*Rudolf Friedli* (JSVP) für die Kommission BAK: Der Gemeinderat hat den Sachkommissionen und der Budget- und Aufsichtskommission ein ausgeglichenes Budget mit Aufwand und Ertrag von rund 898 305 000 Mio. Franken vorgelegt. Die Sachkommissionen haben die Produktegruppen-Budgets derjenigen Direktionen geprüft, für welche sie zuständig sind. Die BAK muss im Sinne einer Gesamtbetrachtung alle Direktionen prüfen. Um zu verhindern, dass sich Sachkommissionen und die BAK ins Gehege kommen, hat die Umsetzungskommission im Mai

2004 Empfehlungen abgegeben, welche Kommission sich bei der Prüfung worauf konzentrieren soll. Die BAK hat versucht, sich an diese Empfehlungen zu halten, insbesondere an die Empfehlung, keine Zweitberatung durchzuführen. Die BAK hat sämtliche Anträge, welche die Sachkommissionen zuhanden des Stadtrats verabschiedet haben, erhalten und wurde von den Präsidentinnen und Präsidenten der jeweiligen Sachkommission über die Gründe der einzelnen Anträge informiert. Die BAK hat sich jedoch nur auf die finanzrelevanten Anträge beschränkt. So hat sie beispielsweise nicht über eine von der Sachkommission geänderte Kennzahl diskutiert, wenn diese Änderung keine Auswirkungen auf die Finanzen hatte. Diesem Prinzip konnte die BAK grösstenteils folgen. Bei den meisten finanzrelevanten Anträgen ist die BAK den Anträgen der Sachkommissionen gefolgt, denn diese haben ein gutes Verständnis ihrer Direktionen.

Auf Seite 21 des Produktgruppen-Budgets sind die neu budgetierten Ausgaben und der Leistungsausbau fürs kommende Jahr aufgeführt. Zur Finanzierung dieser neuen Ausgaben hat der Gemeinderat Steuerrückstellungen von 2,35 Mio. Franken aufgelöst. Die Finanzdirektion hat dem Gemeinderat andere Anträge gestellt; um ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren, sollten Ausgaben gestrichen oder gesenkt werden. Es waren konkrete Anträge. Ich überlasse es den Parteien, das vom Gemeinderat gewählte Vorgehen zu kommentieren, beziehungsweise es wohlwollend oder ablehnend zu würdigen. In der BAK waren die Meinungen bezüglich der Auflösung von Steuerrückstellungen kontrovers. Insgesamt haben die Kommissionen das Budget des Gemeinderats in finanzieller Hinsicht kaum verändert. Sie haben lediglich 170 000 Franken mehr Ausgaben budgetiert. Der Finanzverwalter hat der BAK versichert, dass er für diese Mehrausgaben eine Kompensationsmöglichkeit gefunden habe, sofern es im Laufe der Stadtratsberatungen nicht zu weiteren Mehrausgaben komme. Die BAK hat den finanzrelevanten Anträgen mit unterschiedlichen Stimmenverhältnissen zugestimmt. Es handelt sich um vier Änderungen: Zum einen die Erhöhung des Globalkredits um 42 120 Franken. Das Bernische Amt für Wirtschaft hat sich bereit erklärt, zehn zusätzliche Jahresplätze für arbeitslose Jugendliche zu finanzieren. Der bei der Stadt verbleibende Finanzierungsanteil entspricht diesen 42 120 Franken. Die BAK hat dieser Erhöhung zugestimmt. Der zweite Punkt betrifft die Erhöhung des Nettoglobalkredits des Jugendamtes um 24 000 Franken für das Jugendzentrum Gaskessel, wo Jugendliche in sozial schwierigen Situationen betreut und beschäftigt werden. Diesem Antrag hat die BAK zugestimmt. Im dritten Punkt geht es um die Erhöhung des Globalkredits des Gesundheitsdienstes um 30 000 Franken für das Projekt „Du weisich wo dürä“, welches Jugendliche in der schwierigen Phase des Einstiegs in die Berufsausbildung betreut. Es ging hierbei um das Problem, dass mit der Lohnerhöhung der Kursleitenden die Kursanzahl hätte reduziert werden müssen. Um die Anzahl Kurse beibehalten zu können und den Leitenden nach zehn Jahren doch wieder einmal eine Lohnerhöhung zu gewähren, werden diese 30 000 Franken benötigt. Die BAK hat diesem Antrag ebenfalls zugestimmt. Beim vierten Punkt handelt es sich um die Erhöhung des Globalkredits für das Alpine Museum um 100 000 Franken. Die BAK hat diesem Antrag mehrheitlich zugestimmt. Der Gemeinderat ist gegen diese Erhöhung, denn er erachtet dies als falsches Zeichen gegenüber dem Bund, denn es handle sich beim Alpinen Museum um ein schweizerisches Museum, an welchem sich auch der Bund beteiligen soll. Andere Stimmen erachten das Museum als eine wichtige Institution, dessen Finanzierungslücke geschlossen werden sollte.

Die BAK beantragt dem Stadtrat einstimmig folgende Steuersätze für das Jahr 2005: Die Steueranlage soll das 1,54-fache der für die Staatssteuern geltenden Einheitsansätze sein. Die Steueranlage bleibt somit unverändert, ansonsten wäre das Budget unausgeglichen gewesen und wir hätten es nochmals aufrollen müssen. Die Liegenschaftssteuer von 1,5 Promille des amtlichen Wertes wird belassen. Die Beleuchtungsabgabe liegt bei 1,25 Promille. Die Hundetaxe soll bei 100 Franken pro Hund liegen.

Die BAK beantragt dem Stadtrat das bereinigte Produktgruppen-Budget 2005 mit 6 : 1 Stimme bei 3 Enthaltungen zur Annahme.

### Fraktionserklärungen

*Catherine Weber* (GB) für die Fraktion GB/JAI/GPB: Die Fraktion GB/JAI/GPB begrüsst das vom Gemeinderat und der Verwaltung vorgelegte Budget. Es ist erfreulich, dass auch dieses Jahr ein ausgeglichenes Budget vorliegt. Das Budget 2005 enthält wiederum eine Reihe von Sparmassnahmen aus den Haushaltsverbesserungspaketen. Dennoch können in den Bereichen Kultur und Soziales zusätzliche Aufgaben für das kommende Jahr wahrgenommen werden. Auf das gesamte Budgetvolumen gesehen, handelt es sich zwar um äusserst kleine Beiträge, sie haben aber eine umso grössere politische Signalwirkung. Es handelt sich um Aufgaben im Bereiche der Schulsozialarbeit, der Tagesschulen, der Lokalen Agenda, der Kulturförderung und des Vereins Schuldensanierung. Diese Signale sind wichtig, denn es sind Signale für eine Kulturstadt Bern, für eine Bildungsstadt, für eine kinderfreundliche Stadt und auch Signale dafür, dass das RGM-Bern seine soziale Verantwortung wahrnimmt. Wir freuen uns insbesondere darüber, dass das RGM-Projekt für eine Kulturlegi bereits ab 2005 eingeführt werden kann. Es ist erfreulich, dass mit dem Budget 2005 erneut 20,8 Mio. Franken des Bilanzfehlbetrags abgeschrieben werden können. Dies ist eine Vorschrift des Kantons, welcher mit seinem Schuldenabbau *nota bene* erst im Jahre 2007 beginnen kann. Für unsere Fraktion ist die Steueranlage auch dieses Jahr keine Diskussion. Mit den Anträgen aus den Kommissionen erhöhen wir das Budget um 172 120 Franken. Dies ist ein Betrag, welcher mit Sicherheit keine Überbelastung darstellt und über den Zinsaufwand oder mit der Abschreibung altrechtlicher Schulden verrechnet werden kann. Es sind auch dieses Jahr kritische Bemerkungen zum Beratungsablauf des Budgets nach NSB angebracht: Die NSB-Budgetierung hat dazu geführt, dass die Beratungen komplizierter, aufwändiger und vor allem zeitlich belastender geworden sind. Zudem ist die Kompetenzverteilung zwischen den einzelnen Kommissionen immer noch unklar. Wir sind nicht der Ansicht, dass es sich hierbei um Kinderkrankheiten handelt, welche im Einführungsjahr normal sind. Es sind Systemschwächen im Kommissionsaufbau, auf welche das Grüne Bündnis wiederholt hingewiesen hat. Wir fragen uns, welchen Gewinn das Ganze bringt. Politisch brisante Anträge wie beispielsweise zum Gaskessel oder zum Alpinen Museum werden nach wie vor auf dieselbe Weise wie früher gestellt. Das ist richtig so. Die Verwaltung beklagt sich jedoch über die zusätzliche Arbeitsbelastung. Wir nehmen dies ernst, denn es handelt sich dabei um Arbeiten, welche nebst den eigentlichen Verwaltungsaufgaben geleistet werden müssen. Wir haben in vielen Bereichen mehr Transparenz, doch nutzen wir diese bisher kaum. Es handelt sich um eine Pseudosteuerung, wenn wir vom Tierpark drei Sonderausstellungen pro Jahr oder 180 Zooführungen verlangen. Die FDP will 41 200 Franken für Deutsch im Vorkindergartenalter kürzen und kümmert sich keinen Deut um die so genannte Outputsteuerung mit übergeordneten Zielsetzungen und Nettobeiträgen. Wir schätzen die neue Transparenz, sind jedoch der Ansicht, dass wir für die Einführung einer Kostenrechnung und einer Reihe von Kennzahlen nicht die halbe Verwaltung hätten auf den Kopf stellen müssen. Der zeitliche Rahmen für die aufwändige Budgetberatung ist für alle Beteiligten viel zu knapp. Dies gilt nicht nur für die Verwaltung, sondern vor allem auch für die Kommissionen und das Ratssekretariat. Wir erwarten, dass der Gemeinderat alles daran setzt, in Zukunft mehr Zeit dafür freizusetzen. Am Beispiel StaBe zeigt sich ein weiteres Steuerungsdilemma: Die Steuerungsvorgabe „Gewinnablieferung Soll 2005“ ist mit 4,2 Mio. Franken im Budget enthalten. Die BAK hat nach einiger Diskussion einstimmig beschlossen, daran nichts zu ändern. Gemäss Regelement müssten die Stadtbauten in dieser Grössenordnung Gewinn für die Stadtkasse bringen. Es wurde uns jedoch gesagt, dass dies im Jahr 2005 überhaupt nicht möglich ist und es muss davon ausgegangen werden, dass die

StaBe auch in den nächsten Jahren keinen Gewinn abliefern wird. Zusammenarbeit und Rollenverteilung zwischen den Sachkommissionen und der BAK bedürfen dringend einer weiteren Klärung. Ein Beispiel zur Illustration ist der Antrag von 24 000 Franken für den Gaskessel: Die Sachkommission hat diesen Antrag zunächst abgelehnt. In der BAK wurde der Antrag neu gestellt und erhielt Zustimmung. Darauf ging der Antrag zurück in die Sachkommission, welche ihm letztendlich auch zugestimmt hat.

Zu den einzelnen Anträgen werden wir noch im Einzelnen Stellung nehmen, doch vorab einige Bemerkungen: Den Antrag der SVP, den Quartierorganisationen die Finanzen zu verweigern, lehnen wir ab. Die Stimmbevölkerung hat sich klar für eine bezahlte Partizipation ausgesprochen und dies gilt es zu respektieren. Den Antrag der FDP auf Streichung von 120 000 Franken für eine Projektleiterstelle Police Bern lehnen wir ebenfalls ab. Wir bitten die zuständige Direktion, klar zu stellen, dass dieser Betrag innerhalb der Stadtpolizei kompensiert worden ist und somit keine zusätzliche Ausgabe bedeutet. Wir lehnen den Antrag der FDP deshalb ab, weil wir von dieser Stelle erwarten, dass sie im Interesse des Gesamtgemeinderats verhandeln wird und zwar so, wie es der Gemeinderat nach dem Entscheid des Grossen Rats zur Einheitspolizei kommuniziert hat: keine Schmälerung der Gemeindeautonomie über die für die Stadt zuständige Polizei, kein Preisdiktat vom Kanton und keine Verantwortung ohne Durchsetzungsmittel. Dem Antrag der SP/JUSO-Fraktion auf zusätzliche 200 000 Franken für Verkehrserziehung stimmen wir zu. Zu diesem Thema ist speziell in den Oberstufen mehr Sensibilisierung nötig, insbesondere dann, wenn wir ernsthaft an mehr Sicherheit im Strassenverkehr interessiert sind. Die Anträge der FDP bei der BUI betreffend Stabsdienste, Schulamt und Gesundheitsdienst lehnen wir klar ab. Mit dem Antrag, die 23 000 Franken für einen Praktikumsplatz im Schulamt zu streichen, überholt die FDP drei Monate vor den Wahlen die SVP scharf rechts. Dieser Antrag ist ein Affront gegen alle Bemühungen, der Jugenderwerbslosigkeit entgegenzuwirken und wir werden dazu keine weiteren Worte verlieren.

Folgt man dieser Linie vom Grünen Bündnis und unserer Fraktion, wird das Budget um 372 120 Franken aufgestockt. Dies ist problemlos verantwortbar. Zusammen mit den neuen Ausgaben des Gemeinderats kommen damit allen Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Bern vielseitige Leistungen zugute.

*Peter Künzler* (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Erstmals liegt uns das Budget im neuen Format vor, welches uns erlaubt die aktuellen mit den Vorjahreszahlen zu vergleichen. Die Fraktion GFL/EVP erachtet die neue Darstellung als einen grossen Fortschritt und schätzt die Transparenz des Stadtbudgets. Wir sind der Ansicht, dass auch die verschiedenen Anstalten Budgets in ähnlicher Form abliefern sollten. So dass zumindest zwischen der erbrachten Leistung und den Brutto- und Nettokosten ein klarer Zusammenhang hergestellt werden kann.

Auch wir sind erstaunt darüber, dass man StaBe eingeführt hat, um Erträge zu erwirtschaften, nun jedoch keine Erträge geplant werden. Natürlich gibt es Gründe dafür und man hätte den Mut aufbringen müssen, dies bei der Volksabstimmung ehrlich offen zu legen. Zu den Anträgen: Im grossen Ganzen spiegeln sie die unterschiedlichen Prioritäten der politischen Vertretungen im Stadtrat wider. Ich möchte einen generellen Kommentar zu einer Serie von Kürzungen des Kulturbudgets anbringen. Bern hat als kulturfreie Zone keine Zukunft. Deshalb lehnen wir diese Anträge ab. Die Stadt Bern soll eine kulturintensive Zone werden und bleiben.

*German Kalbermatten* (CVP) für die Fraktion CVP/ARP: Der Gemeinderat hat es eine weiteres Mal geschafft, uns ein ausgeglichenes Budget mit Aufwendungen und Erträgen von rund 900 Mio. Franken zu präsentieren. Auf den ersten Blick könnte man zufrieden sein. Durchleuchtet man den Voranschlag jedoch genauer, ergibt sich ein Bild, welches die Zufriedenheit trübt. Wir sind vom Gemeinderat enttäuscht. Es werden immer wieder neue Aufgaben beschlossen, ohne dass jedoch alte Aufgaben abgebaut werden. Im vorliegenden Budget sind

es immerhin 4,6 Mio. Franken. Wir sind der Ansicht, dass Neuaufwendungen immer kompensiert werden müssen. Dies ist im vorliegenden Budget nicht der Fall. Vor nicht allzu langer Zeit hat uns der Gemeinderat versprochen, dass die Reduktion des Gemeinderats von sieben auf fünf Mitglieder Einsparungen von rund 5 Mio. Franken bringe. Wo sind diese Millionen geblieben? Im Produktegruppen-Budget finden sich zwar Einsparungen von 740 000 Franken. Dieser Betrag entspricht dem Wegfall zweier Gemeinderatslöhne und des Lohnes eines Adjunkten. Da aber die Rentenleistungen steigen, werden letztlich nur noch 50 000 Franken eingespart. Auch die vom Volk angenommene Initiative „200 000 sind genug“ wird im Budget 2005 noch nicht berücksichtigt. Der früheste Zeitpunkt dafür sei der 1. Januar 2007. Im vorliegenden Budget vermissen wir die finanziellen Verbesserungen, den Willen zu sparen, stärkere Bemühungen zum Schuldenabbau und den Mut, auch einmal einen Gewinn auszuweisen. Warum wird trotz 20 Mio. Franken Entlastung durch die StaBe und trotz der Rekordgewinnablieferung von ewb nur ein ausgeglichenes Budget präsentiert? Im Budget fehlen Anstrengungen für vermehrte Investitionen in den Gebäudeunterhalt oder für die Sicherheit in der Stadt. Die Liste könnte man beliebig erweitern. Der Gemeinderat ist einmal mehr davon überzeugt, die Finanzen im Griff zu haben. Wir sind frustriert über die Minimalziele, welche sich der Gemeinderat gesetzt hat. Die Fraktion CVP/ARP hat ein Budget mit Gewinn erwartet. Die Sparmassnahmen sind zu gering ausgefallen. Wir sehen auch dieses Jahr keine Trendwende in der Finanzpolitik. Es liegen bürgerliche Sparvorschläge auf dem Tisch. Der Gemeinderat wäre gut beraten, sich diese einmal anzusehen und umzusetzen. Die CVP/ARP-Fraktion stellt erneut folgende Forderungen: Es müssen vermehrt Mittel für Sanierungen bereitgestellt werden. Die Schulden sind so schnell als möglich abzubauen. Zudem fordern wir eine vermehrte Investitionstätigkeit. Wir dürfen nicht alles auf die nachfolgende Generation abschieben. Die Fraktion CVP/ARP stimmt dem vorliegenden Budget nicht zu.

*Hans Peter Aeberhard (FDP) für die Fraktion FDP:* Die Fraktion FDP wird dem vorliegenden Produktegruppen-Budget 2005 nur unter dem Vorbehalt zustimmen, dass die von uns beantragten Kürzungen verschiedener Globalkredite im Rat angenommen werden. Es handelt sich um diejenigen Kürzungen, welche die Finanzdirektion dem Gemeinderat beantragt hat, jedoch nicht angenommen worden sind. Andernfalls wird sich die Fraktion FDP der Stimme mehrheitlich enthalten oder das Budget ablehnen. Es wird ein Produktegruppen-Budget 2005 präsentiert, welches nur dem Schein nach ausgeglichen ist. Bei näherer Betrachtung zeigt sich jedoch, dass bei einem Aufwand und Ertrag von je rund 898 Mio. Franken und einer unveränderten Steueranlage von 1,54 vorausgesetzt wird, dass der gesamte Steuerertrag um insgesamt 14,8 Mio. Franken beziehungsweise um 4% zunimmt. Wenn man meint, der Steuerertrag bei den natürlichen Personen steige um 11,8 Mio. Franken beziehungsweise um 4,4% an, aber gleichzeitig eine Auflösung von Steuerrückstellungen in der Höhe von 2,4 Mio. Franken durchführt, drängt sich die Frage auf, ob es dies nicht lediglich den Zweck verfolgt, ein ausgeglichenes Budget präsentieren zu können. Es ist in den Zeitungen zu lesen, dass der erhoffte und angeblich bereits in Gang gekommene Aufschwung noch nicht zu einer Abnahme der Arbeitslosigkeit geführt hat. Dies bedeutet, dass die privaten Lohneinkommen nicht in absehbarer Zeit wesentlich ansteigen werden. Die Fraktion FDP ist sich darüber im Klaren, dass die erstmalige Produktegruppen-Budgetierung schwierig ist, weil verschiedene Kennzahlen fehlen. Erst mit den Ergebnissen des Jahres 2004 werden für die Budgetierung des Jahres 2006 erhärtete Zahlen vorliegen. Das Problem ausgeglichener Budgets besteht darin, dass sie zu Mehrausgaben verleiten, anstatt dazu anzuhalten, weniger Ausgaben zu tätigen und sich weniger zu verschulden. Es ist nichts dagegen einzuwenden, wenn die allgemeine Verwaltung 0,9 Mio. Franken mehr aufwendet oder wenn die öffentliche Sicherheit 3,6 Mio. Franken und die Bildung 1 Mio. Franken mehr kosten. Diese Differenzen sind gering und bewegen sich im Bereich normaler Schwankungen. Wir haben auch Verständnis dafür, wenn die

soziale Wohlfahrt aufgrund der konjunkturellen Lage mehr kostet. Keinerlei Verständnis haben wir hingegen für Mehrausgaben im Rahmen des Leistungsausbaus, welche gemäss Gemeindeordnung Artikel 111 Absatz 2 durch den Gemeinderat bekannt gegeben werden müssen, soweit sie keine Notwendigkeit darstellen. Der Stadtrat und die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sind selber schuld, wenn für die Quartiermitwirkung neu 300 000 Franken aufgewendet werden müssen oder wenn beispielsweise gemäss Leistungsvertrag ein zusätzlicher Beitrag an die Reitschule von 318 000 Franken fällig ist. Wenn der Gemeinderat den gesamten Aufwand für Kultur und Freizeit um 2,4 Mio. Franken auf 65,7 Mio. Franken erhöhen möchte und die Kultur ihre Leistungen um 1,8 Mio. Franken ausbauen lässt, fragen wir uns, was das soll. Gleichzeitig präsentiert uns der Gemeinderat im Produktegruppen-Budget noch nicht budgetierte Massnahmen aus den laufenden Haushaltsverbesserungspaketen in der Höhe von 5,9 Mio. Franken und umgesetzte Massnahmen von lediglich 1,6 Mio. Franken. Die Pakete zur Haushaltsverbesserung sind verbindlich und müssen umgesetzt werden. Es ist unverständlich, wie einfach so darüber hinweggegangen und gleichzeitig Leistungsausbau betrieben wird. Ich habe in der BAK die Frage gestellt, warum sich der Gemeinderat die entsprechende Kritik aus der Direktion FPI nicht zu Herzen genommen und versucht habe, die Abweichungen von den differenzierten Globalvorgaben zu korrigieren und namentlich Budgetverbesserungen im Bereich Kultur und in anderen Bereichen vorzunehmen. Zur Antwort habe ich bekommen, dass der Gemeinderat andere Prioritäten setze und dass es immer so sei, dass die Finanzdirektion überall sparen wolle. Allein diese Haltung kostet die Steuerzahlenden, zumindest bezogen auf die Anträge der Finanzdirektion, jedes Jahr 2,4 Mio. Franken. Die Fraktion FDP ist über diese Leichtfüssigkeit, mit der über verbindliche Sparziele hinweggegangen wird, sehr erstaunt. Das hat nichts mit dem Finanzdirektor zu tun, sondern mit einer gewissen Arroganz gegenüber eigener Regeln, aber auch gegenüber den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, welche für jede Steuererleichterung dankbar wären. Am Beispiel der Kultur und des dort vorgesehenen Leistungsausbaus lässt sich zeigen, dass die Mehrheit des Gemeinderats immer noch der Meinung anhängt, der Staat müsse naturgegeben von Jahr zu Jahr mehr Ausgaben tätigen. Anfang August war das Wochenthema im „Bund“ die Kulturpolitik der Stadt Bern. Es wurde dort die Frage gestellt, wofür Bern mehr Kulturgelder ausgeben wolle. Mit dem Zitat: „Berns Kulturpolitiker machen die hohle Hand“, wird angesprochen, dass Bern meint, bis zu 10 Mio. Franken Bundesstadtkultursubventionen vom Bund verlangen zu können. Das Fazit der Übung: Bern verfügt über keine konzise Kulturpolitik. Zitat: „Der kulturellen Vielfalt steht derzeit eine zu visionslose Politik gegenüber.“ Es ist nicht nachvollziehbar, dass man für die Kultur Mehrausgaben tätigen soll, während man keine Kulturpolitik hat. Für etwas, das politisch noch nicht konzeptionell erfasst ist, sollten keine Mehrausgaben gemacht werden. Der Gemeinderat ist der Meinung, die politische Entwicklung gehe in die Richtung, dass die Abteilung Kulturelles bewusst zur Verstärkung und Förderung des zeitgenössischen Kulturschaffens schreite. Zudem stellt der Gemeinderat lapidar fest, dass der Kostendeckungsgrad der Kulturförderung sinke, weil die Erlöse stagnieren und die Kosten steigen. Woher stammt dieses Wissen? Es ist nicht ersichtlich, warum man beispielsweise beim Sinfonieorchester zusätzlich 125 000 Franken für allfällig zu besetzende Stellen im Orchester budgetiert. Falls die Stellen tatsächlich besetzt würden, könnte zu gegebener Zeit ein Nachkredit beantragt werden. Jede der neu budgetierten Aufwendungen von total 4,6 Mio. Franken kann leicht in ähnlicher Weise hinterfragt werden. Wir werden dies in der Detailberatung und mit unseren Anträgen tun. Die Fraktion FDP beantragt, auf das Produktegruppen-Budget 2005 einzutreten und unseren Anträgen zuzustimmen. Wie gesagt handelt es sich bei diesen Anträgen um nichts anderes als um die fundierten und sehr massigen Anträge der Finanzdirektion, welche im Gemeinderat nicht einmal eingehend diskutiert worden sind.

*Raymond Anliker* (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Bis vor kurzem bin ich davon ausgegangen, dass es im Unterschied zu früheren Jahren heute gelingen könnte, eine sachbezogene Budgetdebatte zu führen. Die Aussicht auf ein ausgeglichenes Budget, in welchem erneut die Sparmassnahmen greifen, das in moderatem Masse Neuausgaben und den Abbau der alt-rechtlichen aufgelaufenen Budgetdefiziten enthält, stimmte mich zuversichtlich. Die Finanzen sind im Gleichgewicht und dem Personal kann der volle Teuerungsausgleich garantiert werden. Doch meistens kommt es eben anders... Ich nenne vorweg die für die SP massgeblichen Eckpfeiler betreffend Finanzen der Stadt Bern: Seit einigen Jahren können wir der Stimmbewölkerung ausgeglichene Budgets und Rechnungsgewinne präsentieren. Dies ist ein Ausdruck dafür, dass wir die Finanzen im Griff haben. Mit zehn Sanierungspaketen konnte der Aufwand reduziert werden. Die Sanierungspakete enthielten dank der SP jedoch nur Massnahmen, welche die sozial Schwächeren nicht noch mehr belasteten und auch nicht zu Lasten der Umwelt gingen oder ungerechte Massnahmen beinhaltet hätten. Mit dem städtischen Steuersatz von 1,54 liegen wir im kantonalen Mittelfeld und die Steuerbelastung ist für Normalverdienende tragbar. Zudem ist der Steuerfuss lediglich eines der Kriterien für Firmen, welche eine Niederlassung in Bern in Erwägung ziehen. Dank vielen Standortvorteilen und angesichts des langsam einsetzenden Wirtschaftswachstums sind die Prognosen besser. Andererseits sind die Rahmenbedingungen für Bern als Zentrumsstadt nach wie vor schwierig. Als Beispiele wären die sinkenden Einwohnerzahlen und der damit sinkende Steuerertrag zu nennen, die steigenden Infrastrukturkosten als Folge der steigenden Zahl von Arbeitsplätzen, die unbefriedigende Abgeltung von Zentrumsaufgaben durch Bund und Kanton, die negativen Auswirkungen der Sparmassnahmen von Bund und Kanton und letztlich die Vorgabe des Kantons zum Schuldenabbau bis ins Jahr 2015, ungeachtet der konjunkturellen Entwicklung. Angesichts dieser Ausgangslage ist es für uns selbstverständlich, dass wir neben der Schuldensanierung grosses Gewicht auf die Prioritätensetzung legen. Es muss weiterhin eine gerechte Aufgabenverteilung zwischen Bund und Kanton angestrebt werden und wir müssen uns für eine angemessene Abgeltung der Zentrumslasten einsetzen. Wir wollen darauf achten, dass wir massvoll die richtigen Investitionen in die Zukunft tätigen. Wir sollten uns nicht einfach auf Werterhaltung und Unterhalt beschränken. Investitionen in die Zukunft, bedeuten Investitionen in Bildung und Kultur, in Wohnen und Wohnqualität, in innovative Wirtschaftszweige, in Ökologie und Integration. Das ist der Leitfaden, an dem wir das vorliegende Budget messen. Die vom Gemeinderat beschlossenen Neuinvestitionen entsprechen unseren Vorstellungen. Es hat uns irritiert, dass der Finanzdirektor die Beschlüsse des Gemeinderats in der BAK kritisiert hat. Dies kommt einer Verletzung des Kollegialitätsprinzips gleich. Der Gemeinderat hat die von der FPI vorgebrachten Anträge zur Streichung neuer Ausgaben abgelehnt und mit anderen Massnahmen ein ausgeglichenes Budget erreicht. Alle Gemeinderatsmitglieder haben bestätigt, dass diese Entscheide nach entsprechender Diskussion oder dem Hinweis auf bereits erfolgte analoge Beschlüsse während der Budgetierungsphase gefällt worden sind. Die Anträge der FPI scheinen nun plötzlich Allgemeingut zu sein. Dies ist eine Unkultur. Es wird morgen wieder in den Zeitungen zu lesen sein, dass die Budgetdebatte nach bekanntem Muster abgelaufen sei, dass sich die Blöcke unversöhnlich gegenübergestanden hätten und vor allem Wahlkampf betrieben worden sei. Es kann jedoch niemand erwarten, dass ich angesichts der bürgerlichen Budgetanträge moderat bleibe. Diese Anträge stellen ziemlich alles in Frage, was wir in den vergangenen Jahren an Verbesserungen erreicht haben. Dies in Budgets, die ausgeglichen waren und mit Rechnungen, die einen Gewinn ausgewiesen haben. Das Stimmvolk hat die Sicherung der Quartierkommissionen und deren finanzielle Unterstützung beschlossen. Die SVP missachtet diesen Beschluss. Ein weiteres Beispiel: An kulturpolitischen Podiumsgesprächen wird von der grossen Bedeutung kulturelle Vielfalt gesprochen, die Finanzierung wird jedoch verweigert. Kultur bewegt und erregt und ist eine Messgrösse für den geistigen Zustand einer Gesellschaft. FDP und SVP provozieren mit ihren An-

trägen aber eine kulturelle Wüste. Bezeichnenderweise wird Kultur wohl heute auf die Unterstützung des Alpinen Museums reduziert. Dies ist ein Musterbeispiel für die Finanzpolitik des Bundes; die Beiträge werden gestrichen, obwohl es sich um ein Museum mit nationaler Aufgabe handelt. Die Standortgemeinde soll sich darum kümmern. Die Mehrheit der SP/JUSO-Fraktion wird diese finanzielle Unterstützung verweigern, wird jedoch den Ausgaben für ein kulturell vielfältiges Bern zustimmen. Wenn wir kein Notbettangebot mehr haben, wird das soziale Auffangnetz zerrissen. Die Integrationspläne mit den Fahrenden werden zerstört, wenn wir den Standplatz Buech nicht mehr unterstützen. Gemäss bürgerlichen Anträgen sollen Tagesbetreuungsplätze nur unter Vorbehalt der Zusicherung von Kantonsbeiträgen eingerichtet werden. Die gleichen Parteien sorgen aber auf Kantonsebene dafür, dass solche Angebote von den Gemeinden selber finanziert werden müssen. Dies ist keine kohärente Politik. Es kann nicht das Ziel sein, durch den Verzicht auf Kindertagesstättenplätze und Tagesschulen in eine gleichstellungspolitische Steinzeit zurückzukehren. Alle reden von der Bedeutung eines guten Bildungsangebotes, von der Wichtigkeit, mehr in Sachen Integration zu unternehmen oder von der Notwendigkeit, der Jugendarbeitslosigkeit zu begegnen. Wenn es um die Finanzen geht, werden dann aber schamlos Praktikumsplätze, Deutschangebote und Gesundheitsteams gestrichen. Eine solche Finanzpolitik ist weder verantwortungsvoll noch problembewusst. Angesichts solcher bürgerlicher Anträge gibt es wenig Hoffnung für eine neue Politikultur in der Stadt Bern.

Die SP/JUSO-Fraktion stimmt dem Budget und allen Anträgen, mit Ausnahme des Antrags zum Alpinen Museum, zu. Die Anträge von SVP und FDP lehnen wir ab. Die Anträge von Daniele Jenni lehnen wir ebenfalls ab, denn diese missachten, dass wir hier Produktegruppen-Budgets mit Steuerungsvorgaben und nicht Reglemente diskutieren.

*Rudolf Friedli (JSVP) für die Fraktion SVP/JSVP:* Auch unsere Fraktion politisiert sachbezogen, denn Tatsache ist, dass wir sparen müssen. Unsere Wählerinnen und Wähler haben den Quartierorganisationen nicht zugestimmt und deshalb erlauben wir uns auch den Antrag zu stellen, dass dieser Betrag im Budget nicht gesprochen wird. Das Budget enthält viele Budgetposten, die wir nicht vertreten können. Es ist voll von neuen Ausgaben und Leistungsausbau. Falls sich das in dieser Debatte nicht ändern sollte, wird die Fraktion SVP/JSVP das Budget ablehnen. Wir sind gegen Beitragserhöhungen an die Reitschule, gegen Zwischennutzungen im Progymnasium, gegen Beitragserhöhungen für die Stadtgalerie; diese Liste kann gemäss unseren Anträgen weitergeführt werden. Es handelt sich um Ausgaben und Leistungsausbau im Umfang von etwa 2,5 Mio. Franken, welche nicht gedeckt sind. Die Mehrheit im Gemeinderat möchte die Neuausgaben und den Leistungsausbau zugunsten der Kultur mittels der Auflösung von Steuerrückstellungen finanzieren. Der Gemeinderat macht sich damit hinter die wenigen Vorräte, welche die Stadt hat. Unsere Fraktion ist nicht gegen die Kultur, wir sehen lediglich, wo die Grenzen des Machbaren sind. Von einer kulturfreien Zone oder gar einer kulturellen Wüste kann nicht die Rede sein. Auch wenn man die bürgerlichen Anträge unterstützen würde, bliebe noch viel an Kultur übrig. Aufgrund des Finanzplans ist ersichtlich, dass für die nächsten Jahre wieder Defizite in der Höhe von etwa je 5 Mio. Franken anstehen. Angesichts dieser Tatsache ist puncto Neuausgaben und Leistungsausbau Zurückhaltung geboten. Die Mehrheit im Gemeinderat wie wohl auch im Stadtrat verschliesst die Augen. Die Finanzdirektion hat dem Gemeinderat konkrete Streichungs- und Kürzungsanträge gestellt, um ein ausgeglichenes Budget zu bekommen, ohne Steuerrückstellungen aufzulösen. Die Anträge haben im Gemeinderat kein Gehör gefunden und auch wenn wir sie hier noch einmal stellen, werden wir kaum Erfolg haben. Die Finanzlage der Stadt scheint überhaupt nicht zu interessieren, wenn man die Wählerschaft mit attraktiven Angeboten in Kultur und Freizeit beeindrucken kann. Die Fraktion SVP/JSVP ist enttäuscht von der Umsetzung von „5 statt 7“. Der Gemeinderat hat uns viel grössere Einsparungen in Aussicht gestellt. Wären

nicht bereits mehr Einsparungen für das Jahr 2005 möglich gewesen? Auch von der Initiative „200 000 sind genug“ erscheint im Budget nichts. In diesem Punkt scheint es der Gemeinderat alles andere als eilig zu haben. Wenn das Budget unverändert bleibt, wird es die Fraktion SVP/JSVP klar ablehnen. Auch wenn die ganze Diskussion wenig Sinn macht, werden wir doch darauf eintreten.

### **Einzelvotum**

*Stephan Hügli (FDP):* Ich möchte einige Dinge richtig stellen. Seit RGM regiert, haben sich etwa 350 Mio. Franken Schulden angehäuft. Um zu verhindern dass der Kanton in der Stadt Bern das Ruder für die Schuldentilgung an sich reisst, haben die Bürgerlichen, einige von RGM und der Gemeinderat, welcher den Ernst der Lage erkannt hat, Möglichkeiten geschaffen, um zu sparen beziehungsweise um neue Quellen zu öffnen. Es verbleiben nach wie vor Schulden in der Höhe von etwa 240 Mio. Franken. Es stimmt, dass wir immer ausgeglichene Budgets haben. Dies jedoch nur, weil wir gewissermassen das Familiensilber verkauft haben. Mit den FPI-Anträgen, die wir wieder einbringen, möchten wir lediglich die Gesamtheit aufzeigen. Es kann darüber diskutiert werden und es wird sich zeigen, ob vernünftigerweise bei der einen oder anderen neuen Ausgabe Zurückhaltung geübt wird und die Kürzungsanträge gestellt werden. Wir sind durchaus bereit, die Tötigung sinnvoller Ausgaben zu unterstützen. Es ist nicht eine Unkultur der FPI, über die besagten Anträge zu sprechen, sondern es steht im Gemeindegesetz, dass neue Ausgaben im Budget ausgewiesen werden müssen. Zur Kultur: Wir stellen der Kultur einen Betrag von mehr als 65 Mio. Franken zur Verfügung. Wie sollen wir es bewerkstelligen, noch mehr Geld zu sprechen? Wir wollen weder die Steuern erhöhen, noch neue Defizite machen. Wenn wir nur einen Franken Defizit im Budget aufweisen und dieses nicht ausgeglichen ist, erfüllen wir die gesetzlichen Grundlagen nicht, weil wir im Finanzplan nicht zeigen können, wie alles aufgehen soll. Es ist richtig, dass die Werterhaltung langweilig und nicht zukunftsorientiert ist. Aber es ist ganz schlecht, Bestehendes verlottern zu lassen, um Neues zu bauen. Wir sind in erster Linie dazu verpflichtet, dem Bestehenden Sorge zu tragen. Dann erst kann man neue Ausgaben tätigen. Wenn klar gesagt werden kann, wo das Geld für die Neuausgaben eingespart wird, helfen wir gerne mit.

Direktor FPI *Kurt Wasserfallen* für den Gemeinderat: Ich danke Rudolf Friedli für die Darstellung des Budgets. Zu einigen positiven Punkten des vorliegenden Budgets 2005: Es ist ein übersichtliches Produktgruppen-Budget. Ich danke allen, welche bei der Erarbeitung dieses umfangreichen Werkes beteiligt waren. Das Budget 2005 ist ausgeglichen. Aufwand und Ertrag von gut 898 Mio. Franken sind vom Gemeinderat verabschiedet worden. Auf einige Punkte möchte ich noch hinweisen. Ein ausgeglichenes Budget darf nie zu Euphorie verleiten. Insbesondere dann nicht, wenn es eines aus einer ganzen Reihe ist. Es besteht nach wie vor grosser Handlungsbedarf. Vor folgenden Tatsachen dürfen die Augen nicht verschlossen werden: Die Stadt Bern hat in den letzten Jahren grosse Sparanstrengungen unternommen. Dieser Trend scheint sich leider zu wenden. Man wird wieder ausgabenfreundlicher und stellt damit die Sparrunden teilweise wieder in Frage. Für das Produktgruppen-Budget 2005 werden vom Gemeinderat 4,6 Mio. Franken neue Ausgaben vorgeschlagen, weil Kommissionen und einzelne Stadtratsmitglieder neue Anträge gestellt haben. Die neuen Ausgaben werden nicht kompensiert. Dies ist eine gefährliche, jedoch nicht neue Entwicklung. Der Gesamtaufwand steigt um 2,3%. Es werden im Budget weitere 20,8 Mio. Franken altrechtliche Schulden abgebaut, sodass unser Vorsprung auf die kantonalen Vorgaben von etwa 18 Mio. gehalten werden kann. Der Gemeinderat hat neu beschlossen, dass die restliche Zeit bis zur vollständigen Tilgung der altrechtlichen Schulden genutzt werden soll. Deshalb sind im Finanzplan neu nicht mehr 20,8 Mio. Franken, sondern 19 Mio. Franken pro Jahr vorgesehen. Um das

ausgeglichene Budget erreichen zu können, hat der Gemeinderat 2,35 Mio. Franken Steuer-rückstellungen aufgelöst. Dieser Betrag dient der Deckung von Konsumausgaben. Steuer-rückstellungen werden mit dem Ziel vorgenommen, die schwer prognostizierbaren Steuer-rückerstattungen aus den Vorjahren auszugleichen, ohne dass die Rechnung davon negativ beeinflusst wird. Zu einem letzten Punkt: Der Kanton ist viel restriktiver geworden, was die Aufnahme in den Lastenausgleich von Tagesschulen, Tagesbetreuungsplätzen und Notbetten anbelangt. Die Stadt muss hier vorsichtig sein. Eine eigene vollständige Kostentragung wäre nicht nur teuer, sondern vielleicht sogar ein Präjudiz für die Zukunft. Ein Blick in die Zukunft und die weiteren Rahmenbedingungen: Die Zinsentwicklung ist sehr unsicher. Die Umsetzung des Sparsammelpaketes harzt. Der Gemeinderat wird da mehr Druck aufsetzen. Die Investitionen stellen das grösste ungelöste Problem dar. Der Gemeinderat hat Aufträge erteilt, um einen Überblick zu bekommen. Insbesondere was den Werterhalt im Hoch- und Tiefbau be-trifft. Der Nachholbedarf ist gross. Die jährlichen Investitionstranchen müssen ansteigen. Es handelt sich um hohe Beträge. Aufgrund der Folgekosten, Abschreibungen und Mietzinsen müssen wir uns dazu noch gründliche Überlegungen machen. Es ist wichtig, dass wir jetzt für diesen Werterhalt etwas tun und es nicht aufschieben. Der Investitionsüberhang in Neuinvestitionen ist bemerkenswert und es ist mit unseren jährlichen Tranchen unmöglich, diese Investitionen auch nur annähernd zu tätigen. Die meisten Neuinvestitionen werden deshalb in zweiter Priorität behandelt. Das bedeutet, dass im Moment kein Geld vorhanden ist, um diese Investitionen zu tätigen. In jüngster Vergangenheit wurden Dinge beschlossen, die in näherer Zukunft finanziell nicht gesichert sind. So beispielsweise das Zentrum Paul Klee. Es wird hier zu Ausgaben kommen, bei denen jedoch noch unklar ist, wer diese tragen wird. Auch beim Museum für Gegenwartskunst ist unklar, wer die Folgekosten bei einer allfälligen Realisierung des Projektes übernehmen wird. Um die Finanzen sollte man sich generell vor und nicht nach dem Entscheid zur Umsetzung eines Projektes kümmern. Fazit: Das Produktegruppen-Budget ist ausgeglichen. Der Gemeinderat beantragt dem Rat, dem vorliegenden Budget 2005 zuzu-stimmen. Es ist jedoch ein Budget in und mit einem schwierigen Umfeld. Wie gesagt, für die nächsten Jahre ist keine Euphorie angezeigt. Wir möchten unseren finanzpolitischen Handlungsspielraum behalten und ihn auf keinen Fall dem Kanton abgeben müssen.

Zu einzelnen Fragen und Bemerkungen: Zum Votum von Catherine Weber: Wir haben den Zeitplan für die Budgetberatungen wiederholt optimiert. Wir können nicht mehr Zeit einräu-men, ansonsten bricht unser Zeitrahmen auseinander. Vor dem Februar können wir nicht be-ginnen. Ansonsten wird es immer ungenauer. Zur Kritik von Peter Künzler: Damit die StaBe Gewinne abwerfen kann, muss sie erstmal Investitionen tätigen und dann wird sie die Gewin-ne auch ausweisen. Zur Kritik von German Kalbermatten: Es ist wahr, dass im Budget „200 000 sind genug“ nicht berücksichtigt worden ist. Wir werden nächste Woche darüber informieren, was der Gemeinderat hierzu beschlossen hat. Im Moment ist ein Budget mit Ge-winn kein Thema. Zuerst sollten die Schulden abgebaut und die Investitionen erhöht werden. Zur Aussage von Raymond Anliker, ich hätte die Beschlüsse des Gemeinderats in der BAK kritisiert. Ich weise diese Aussage als falsch zurück. An „5 statt 7“ wird der Gemeinderat ar-beiten.

Im Überblick zu den zahlreichen gestellten Anträgen: Der Gemeinderat übernimmt drei der vier Erhöhungsanträge der Kommissionen, ausser jene zum Alpinen Museum. Er stimmt dem Antrag der SP/JUSO-Fraktion zur Verkehrssicherheit zu. Er lehnt alle anderen Erhöhungs-beziehungsweise Kürzungsanträge ab. Bei den finanziell nicht relevanten Anträgen ist der Gemeinderat generell für die Kommissionsanträge und generell gegen die Einzelanträge. Aus Praktikabilitätsgründen möchte der Gemeinderat auf die von der PBV beantragte Schaffung eines Produktes Bärengraben jetzt verzichten und bittet, diesen Antrag abzulehnen. Der Ge-meinderat ist jedoch bereit, diesen Antrag im Produktegruppen-Budget 2006 umzusetzen. Die Änderungsanträge der Kommissionen zur Botschaft übernimmt der Gemeinderat vollumfäng-

lich. Vor der Schlussabstimmung werde ich bekannt geben, welches Ausgabebetotal wir dann erreicht haben und wie weitere Budgeterhöhungen aufgefangen werden können, ohne dass ein Defizit entsteht. Das Budget muss in Aufwand und Ertrag ausgeglichen sein. Der Gemeinderat bittet den Rat, auf das vorliegende Budget 2005 einzutreten.

**Die Sitzung wird um 19.05 Uhr unterbrochen.**

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin: *Margrit Stucki-Mäder*

Die Protokollführerin: *Adrienne Hochuli*

Präsenzliste der Sitzung 20.35 bis 22.30 Uhr

---

*Vorsitzende*

Präsidentin Margrit Stucki-Mäder

*Anwesend*

Hans Peter Aeberhard	Rolf Häberli	Lydia Riesen
Michael Aebersold	Ueli Haudenschild	Simon Röthlisberger
Raymond Anliker	Stephan Hügli	Heinz Rub
Thomas Balmer	Natalie Imboden	Erich Ryter
Oskar Balsiger	Mario Imhof	Annemarie Sancar-Flückiger
Vinzenz Bartlome	Urs Jaberg	Sabine Scharrer
Christof Berger	Daniele Jenni	Doris Schneider
Dieter Beyeler	Michael Jordi	Beat Schori
Margrith Beyeler-Graf	Stefan Jordi	Rolf Schuler
Peter Blaser	German Kalbermatten	Miriam Schwarz
Markus Blatter	Daniel Kast	Rudolph Schweizer
Peter Bühler	Rudolf Keller	Sylvia Spring Hunziker
Walter Christen	Markus Kiener	Ernst Stauffer
Anna Coninx	Margareta Klein-Meyer	Ueli Stückelberger
Dolores Dana	Peter Künzler	Béatrice Stucki
Martina Dvoracek	Daniel Lerch	Hans-Ulrich Suter
Karin Feuz-Ramseyer	Liselotte Lüscher	Max Suter
Andreas Flückiger	Markus Lüthi	Martin Trachsel
Rudolf Friedli	Corinne Mathieu	Margrit Thomet
Verena Furrer-Lehmann	Christian Michel	Christian Wasserfallen
Jacqueline Gafner Wasem	Barbara Mühlheim	Catherine Weber
Hans Ulrich Gränicher	Christoph Müller	Thomas Weil
Guglielmo Grossi	Philippe Müller	Andreas Zysset
Thomas Göttin	Rosmarie Okle Zimmermann	

*Entschuldigt*

Jsabelle Blunschy Scheidegger	Kurt Hirsbrunner	Barbara Streit-Stettler
Peter Bernasconi	Andreas Krummen	Beat Zobrist
Conradin Conzetti	Erik Mozsa	

*Vertretung Gemeinderat*

Klaus Baumgartner PRD	Adrian Guggisberg HSE	Alexander Tschäppät PVT
Ursula Begert DSI	Edith Olibet BUI	Kurt Wasserfallen FPI
Therese Frösch DSO		

*Ratssekretariat*

Jürg Stampfli

*Stadtkanzlei*

Stéphanie von Erlach

## Mitteilungen der Präsidentin

Die *Vorsitzende* gibt bekannt, dass die Beratung der Produktgruppen-Budgets wie folgt abläuft: Die Anträge werden pro Direktion gemäss dem aufliegenden Ablaufplan behandelt. Die Direktion Bildung, Umwelt und Integration wird übersprungen, weil Edith Olibet erst um ca. 21.45 Uhr eintrifft. An erster Stelle werden jeweils die finanzrelevanten Anträge behandelt, danach Ziele, Steuerungen, Vorgaben und Kennzahlen und zum Schluss redaktionelle Änderungen und Empfehlungen an den Gemeinderat. Die *Vorsitzende* beantragt dem Rat, nicht bei jeder Direktion eine Abstimmung über das Globalbudget, sondern lediglich eine Schlussabstimmung durchzuführen.

## 2 Fortsetzung: Voranschlag für das Jahr 2005 (Abstimmungsbotschaft)

### Beratung der Produktgruppen-Budgets

#### PGB Gemeinden und Behörden

*Markus Kiener* (FDP) für die FKÖ: Einleitend möchte ich kurz erklären, was wir in der FKÖ eigentlich tun. Bevor wir in die Budget-Verhandlungen eintreten – pro Direktion – finden jeweils die Delegationsbesuche statt. Aufgrund dieser Besuche werden die Verhandlungen dann aufgenommen. Wir haben für diese Vorgänge sehr viel Zeit eingeräumt und immer Spezialisten eingeladen, die uns bei der Meinungsbildung unterstützten. Die FKÖ muss nicht nur Zahlen bewerten, sondern auch Kennzahlen und Steuerungsvorgaben überprüfen und hinterfragen. Um der Sache gerecht zu werden, haben wir einen grossen Aufwand betrieben. Auch für die FKÖ gab es viel Neues zu lernen. Ich möchte an dieser Stelle allen Mitgliedern der FKÖ für ihre konstruktive Mitarbeit danken. Im Namen der Kommission bedanke ich mich auch beim Gemeinderat und bei der Verwaltung für die grosse Unterstützung.

Nun zum Produktgruppen-Budget Gemeinden und Behörden: Die Nettokosten betragen 9 225 213 Franken, der Deckungsgrad ist gegenüber dem Voranschlag von 13,1 auf 10,1 Prozent gesunken. Diese Reduktion entstand durch die Initiative „200 000 sind genug“, die im Voranschlag noch nicht berücksichtigt wurde. Ebenfalls noch nicht vollumfänglich budgetiert ist die Umsetzung 5 statt 7 Gemeinderäte. Beim Produktgruppen-Budgets Stadtrat und Ratssekretariat haben sich infolge der Änderung des Verteilschlüssels Verschiebungen ergeben, die sich zum Schluss wieder ausgleichen. Zu den Seiten 37 bis 66 stellt die FKÖ dem Stadtrat nur Anträge redaktioneller Art. Wir möchten dem Rat dieses Produktgruppen-Budget mehrheitlich empfehlen.

Zu den einzelnen Anträgen: Bei den übergeordneten Zielen möchten wir auf Seite 60 das bisherige Ziele ersetzen – der neue Wortlaut ist im aufliegenden Antragstext jeweils festgehalten. Beim Ratssekretariat, Seite 45, zu den Leistungen für Politik und Verwaltungsführung, Seite 57, beim Arbeitsgericht, Seite 64 und beim Mietamt, Seite 66 geht es nur um redaktionelle Änderungen. Bei der Zielüberprüfung des Ratssekretariats, Seite 45, beantragen wir einen neuen Hinweis: Alle zwei Jahre soll beim Stadtrat eine Umfrage durchgeführt werden, damit beurteilt werden kann, ob der Rat zufrieden ist mit der Arbeit des Ratssekretariats. Bei den Anträgen zu Seite 57, Leistungen für Politik und Verwaltungsführung, sowie zu Seite 64, Arbeitsgericht, und Seite 66, Mietamt, geht es jeweils darum, die Hinweise zur Zielüberprüfung zu ersetzen.

Die weiteren Anträge, die hier gestellt werden, konnten wir in der FKÖ nicht behandeln und werden deshalb auch keine Stellungnahme dazu abgeben. Wir bitten den Rat aber, unsere Anträge zu genehmigen.

S. 51 f.	SVP/JSVP-Fraktion	<i>Kürzung Globalkredit</i>
PG 030020	Kürzung Global-	Beiträge an Quartier- /Partizipationsgremien um Fr. 300'000 kürzen (PG 030020)
Beiträge	kredit	<b>Globalbudget Gemeinderat</b> von Fr. 3'269'196 um <b>Fr. 300'000</b> auf Fr. 2'969'196 <b>kürzen</b>

*Thomas Weil* (SVP) für die Fraktion SVP/JSVP: Ganz undemokratisch ist dieser Antrag nicht, denn wir wissen, dass das Reglement über die politischen Rechte zwar angenommen wurde, aber wir vertreten eine Wählerschaft, die das abgelehnt hat. In ihrem Sinn wollen wir diesen Antrag stellen. Die Quartierpartizipationsgremien sollen nicht zu Schattenparlamenten werden und Kompetenzen erhalten, die im Rahmen des demokratischen Konzepts eines Gemeinwesens keinen Platz haben. Oft verhandeln diese Organisationen direkt mit der Verwaltung und nehmen effektiv parlamentarische Funktionen wahr – so werden die Zuständigkeitsgrenzen zwischen dem wirklichen Parlament und einem Quartiergremium oder sonstigen Partizipationsgremien verwischt.

Beim Antrag der FKÖ zu Seite 60, wo es um die Ausübung der politischen Rechte in der Stadt Bern geht, werden wir uns der Stimme enthalten, weil er nicht kompatibel ist mit unserem Kürzungsantrag.

*Peter Künzler* (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Ich bin selbst Mitglied einer solch schlimmen Quartiervertretung – die übrigens unter bürgerlicher Leitung steht. Wir haben uns stets darauf geeinigt, dass eine Quartiervertretung auf keinen Fall ein Schattenparlament sein darf und es war immer klar, dass wir eine Minderheits- und eine Mehrheitsmeinung an die Stadt weiterleiten, wenn wir uns intern nicht einigen können. Das hat jede Quartiervertretung begriffen und der Begriff Schattenparlament ist in diesem Zusammenhang eine realitätsfremde Unterstellung. Wir glauben, dass nicht die geringste Ursache dafür besteht, diesen Beitrag zu kürzen – zumal diese Summe vor allem dazu dient, eine minimale, einigermaßen professionelle Infrastruktur für die Quartiervertretungen zu finanzieren. Wir lehnen den Antrag einstimmig und entschieden ab.

*Raymond Anliker* (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Die SVP meint, weil sie damals Nein gesagt habe zur Vorlage, müsse sie den Volkswillen nicht respektieren und könne versuchen, den Entscheid zu kippen. Die weiteren Argumente der Antragssteller kennen wir aus dem Abstimmungskampf, sie sind in der Zwischenzeit nicht wahrer geworden – im Gegenteil. Die Quartierkommissionen haben eine neue Grundlage erhalten und befinden sich im Moment in einer wichtigen Aufbauphase. Diese Aufbauarbeit dürfen wir jetzt nicht untergraben. Wir lehnen den Antrag ab. Interessant übrigens, dass die SVP nicht will, dass die politischen Rechte in der Stadt Bern gemäss den gesetzlichen Vorschriften gelebt werden können. Da frage ich mich, was denn als Grundlage für einen demokratischen Staat gelten soll.

### **Beschluss**

Der Antrag SVP/JSVP zu Seite 51 f. wird mit 16 : 49 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

S. 60	FKÖ	<i>Bisherige Ziele ersetzen durch:</i>
PG 040100 Dienst-	Übergeord-	„Die Ausübung der politischen Rechte in der Stadt Bern
leistung für Dritte	nete Ziele	wird gemäss den gesetzlichen Vorschriften gewährleistet.“

## Beschluss

Der Antrag FKÖ zu Seite 60 wird mit 54 : 0 Stimmen bei 12 Enthaltungen angenommen.

S. 45	FKÖ	<i>Änderung redaktioneller Art</i>
PG 010100 Ratssekretariat	Übergeordnete Ziele	Der Stadtrat muss seine politischen Funktion (...) <del>optimal</del> und uneingeschränkt wahrnehmen können.
S. 57	FKÖ	<i>Änderung redaktioneller Art</i>
PG 040000 Leistungen für Politik und Verwaltungsführung	Übergeordnete Ziele	„Durch <del>eine optimale Beratung und Unterstützung des Gemeinderats</del> <b>die Arbeit der Stadtkanzlei</b> wird sichergestellt, dass <del>er</del> <b>der Gemeinderat</b> seine Beschlüsse zeitgerecht, korrekt, verständlich und im Wissen um die organisatorischen und rechtlichen Konsequenzen fasst.“
S. 64	FKÖ	<i>Änderung redaktioneller Art</i>
PG 040300 Arbeitsgericht	Übergeordnete Ziele	„Das Arbeitsgericht als das mit der Rechtspflege bei Arbeitsverhältnissen betraute Staatsorgan <del>soll die gesetzlichen Vorgaben</del> <b>erfüllt die gesetzlichen Vorgaben</b> zur Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger <del>erfüllen</del> . Die Beratungstätigkeit <del>soll</del> <b>wird</b> juristisch kompetent und praxisnah ausgeübt <del>werden</del> . (...) Dank einem raschen, einfachen und kostenlosen Verfahren <del>sollen</del> <b>haben</b> alle Betroffenen die Möglichkeit <del>haben</del> , ihre Rechtsansprüche durchzusetzen.“
S. 66	FKÖ	<i>Änderung redaktioneller Art</i>
PG 040400 Mietamt	Übergeordnete Ziele	„Das Mietamt als bundesrechtlich vorgeschriebene Schlichtungsbehörde in Mietsachen <del>soll</del> <b>erfüllt</b> die gesetzlichen Vorgaben zur Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger <del>erfüllen</del> . Die Beratungstätigkeit <del>soll</del> <b>wird</b> juristisch kompetent und praxisnah ausgeübt <del>werden</del> . Die Ratsuchenden erhalten einen leichten <b>und informellen</b> Zugang zum komplizierten Mietrecht. Dank einem raschen, einfachen und kostenlosen Verfahren <del>sollen</del> <b>haben</b> alle Betroffenen die Möglichkeit <del>haben</del> , ihre Rechtsansprüche durchzusetzen.“
S. 45	FKÖ	<i>Empfehlung: folgenden Satz einfügen</i>
PG 010100 Ratssekretariat	Hinweise zur Zielüberprüfung	„Zusätzlich wird alle 2 Jahre eine Umfrage beim Stadtrat durchgeführt.“
S. 57	FKÖ	<i>Empfehlung: bisheriger Text ersetzen durch:</i>
PG 040000 Leistungen für Politik und Verwaltungsführung	Hinweise zur Zielüberprüfung	„Die Geschäftskontrolle (OpenGeko) ist sichergestellt und die ergänzenden Datenerhebung mittels Strichliste sind organisiert.“
S. 64	FKÖ	<i>Empfehlung: bisheriger Text ersetzen durch:</i>
PG 040300 Arbeitsgericht	Hinweise zur Zielüberprüfung	„Die Zielüberprüfung erfolgt durch Rückmeldungen der Ratsuchenden und der Verfahrensparteien, durch den Einsatz des Datenverwaltungssystems „Tribuna“ und durch die Auswertung der erhobenen Daten.“
S. 66	FKÖ	<i>Empfehlung: bisheriger Text ersetzen durch:</i>
PG 040400	Hinweise zur	„Die Zielüberprüfung erfolgt durch Rückmeldungen

Mietamt Zielüberprüfung der Ratsuchenden und der Verfahrensparteien, durch den Einsatz des Datenverwaltungssystems „Tribuna“ und durch die Auswertung der erhobenen Daten (Verfahrensdauer, Verhältnis von vergleichsweiser Erledigung zu Urteilen).“

### Beschluss

Die Anträge der FKÖ zu den Seiten 45, 57, 64, 66, 45, 57, 64 und 66 sind unbestritten und werden stillschweigend genehmigt.

### PGB Präsidialdirektion (PRD)

*Markus Kiener* (FDP) für die FKÖ: Die Nettokosten des Produktgruppen-Budgets PRD betragen 38 115 847 Franken. Durch verschiedene Erhöhungen – vorwiegend im Kulturbereich – sind die Nettokosten seit der Rechnung 2003 um zirka 5 Mio erhöht worden, gegenüber dem Vorjahr beträgt die Differenz 2,9 Mio. Diese Erhöhungen entstanden, weil diverse Kredite von anderen Direktionen neu der Präsidialdirektion zugeteilt wurden. Weiter ist vorgesehen, die Förderung des eidgenössischen Kulturschaffens um 960 000 Franken zu erhöhen. Die Globalvorgabe der Präsidialdirektion wird um rund 1 Mio überschritten. In den Anträgen der FKÖ geht es hier vorwiegend um Kennzahlen und redaktionelle Änderungen. Zu den vorliegenden, neuen Anträgen können wir von Seiten der FKÖ keine Stellungnahme abgeben, weil sie uns nicht bekannt waren.

Wir wissen um die Problematik im Kulturbereich. Die Kommission hat jeweils zu den Sachgeschäften immer auch die Betroffenen – z.B. von der Reithalle – eingeladen sowie die notwendigen Experten angehört. Mit diesem Vorgehen haben wir uns in die jeweilige Materie eingearbeitet. Somit fielen unsere Entscheide in der Regel sehr fundiert aus. Wir sind überzeugt, dass durch die Einführung des neuen Kultur-Controllings die Abteilung Kulturelles inskünftig Abweichungen früher erkennen kann und wir uns nicht ständig mit Nachkrediten befassen müssen. Die FKÖ empfiehlt dem Rat mehrheitlich die Annahme des Produktgruppen-Budgets 2005 Präsidialdirektion.

Zu den Anträgen: Bei Seite 108, Baurechtliche Auskünfte, geht es um die Ergänzung des bisherigen Ziels. Zur Seite 112, Wirtschaftsförderung, schlagen wir eine neue Kennzahl vor. Zur Seite 103, Baurechtliche Bewilligungsverfahren/Voranfragen, stellen wir einen redaktionellen Änderungsantrag und bei Seite 106, Beschwerden/Widerrechtliches Bauen, empfehlen wir einen neuen Text. Zur Seite 108, Baurechtliche Auskünfte, wollen wir drei Abschnitte streichen und einen neuen Hinweis zur Zielüberprüfung anbringen.

S. 82	SVP/JSVP-Fraktion	<i>Kürzung Globalkredit</i>
PG 110000	Kürzung	Global-
Kulturförderung	kredit	Streichen folgender Beiträge (PG 110000): Erhöhung Beitrag Reitschule Fr. 318'780 Erhöhung a.o. Beitrag kult. Aufgaben Fr. 108'000 Zwischennutzung Progymnasium Fr. 350'000 Erhöhung Beitrag Stadtgalerie Fr. 170'000 Erhöhung Beitrag Cinéville Fr. 170'000 Erhöhung Beitrag Verein Grosse Halle Fr. 205'470 <b>Globalbudget Abt. Kulturelles</b> von Fr. 28'668'566 um <b>Fr. 1'322'250</b> auf Fr. 27'346'316 <b>kürzen</b>

S. 82	<b>Eventualantrag 1</b>	<i>Kürzung Globalkredit, Eventualantrag 1</i>
PG 110000	SVP/JSVP-Fraktion	Halbierung des Beitrags für die Verstärkung der För-

Kulturförderung	Kürzung	Global-	derung des zeitgenössischen Kulturschaffens von Fr. 960'000 auf Fr. 480'000 (PG 110000)
	kredit		<b>Globalbudget Abt. Kulturelles</b> von Fr. 28'668'566 um <b>Fr. 480'000</b> auf Fr. 28'188'566 <b>kürzen</b>
S. 82 f.	<b>Eventualantrag 2</b>		<i>Kürzung Globalkredit, Eventualantrag 2</i>
PG 110000	SVP/JSVP-Fraktion		Abgeltung Leistungsverträge: Beitrag Reitschule Fr. 378'780 streichen (PG 110000)
Kulturförderung	Kürzung	Global-	
	kredit		<b>Globalbudget Abt. Kulturelles</b> von Fr. 28'668'566 um <b>Fr. 378'780</b> auf Fr. 28'289'786 <b>kürzen</b>
S. 82	FDP-Fraktion		<i>Kürzung Globalkredit</i>
PG 110000	Kürzung	Global-	Kürzung folgender Beiträge (PG 110000):
Kulturförderung	kredit		Kürzung Förderung Bildende Kunst Fr. 62'000
			Kürzung Förderung Musik F. 99'000
			Kürzung a.o. Beiträge Kultur Fr. 108'000
			Kürzung Infrastrukturen Kultur Fr. 51'000
			Kürzung Beitrag Stadtgalerie Fr. 170'000
			Kürzung Beitrag Cinéville Fr. 170'000
			Kürzung Beitrag Berner Symphonieorchester Fr. 125'000
			<b>Globalbudget Abt. Kulturelles</b> von Fr. 28'668'566 um <b>Fr. 785'000</b> auf Fr. 27883'566 <b>kürzen</b>

*Thomas Weil* (SVP) für die Fraktion SVP/JSVP: Wir verlangen in diesem Zusammenhang, dass über jeden einzelnen Punkt des Antrags abgestimmt wird. Wir wollen keine Kulturwüste – wie uns von Raymond Anliker unterstellt wurde – oder eine pauschale Streichung von Kulturbeiträgen. Was wir verlangen, nennt sich Sparen, und dass dies im Moment nötig wäre, ist kaum von der Hand zu weisen. Bezüglich der Erhöhung der Beiträge an den Verein Grosse Halle und die Reitschule sind wir der Meinung, dass von dieser Seite jetzt zuerst einmal die Leistungsverträge eingehalten werden müssen. Es geht nicht an, dass man sich hier nicht an die Spielregeln hält und aufstockt. Ansprüche, die von Kulturbetrieben – wie z.B. Stadtgalerie oder Cinéville – gestellt werden, müssen nicht in jedem Fall erhört werden. Hier muss man Grenzen setzen, sonst können alle kommen und Forderungen stellen. Deshalb sind wir der Meinung, dass diese Beiträge generell nicht erhöht werden dürfen. Bei der Zwischennutzung des Progymnasiums sind wir der Ansicht, dass die Mieterinnen und Mieter in erster Linie die bestehende Infrastruktur nutzen sollen, statt zusätzliche finanzielle Mittel zu verlangen. Grundsätzlich glauben wir, dass man in diesem Bereich etwas zurückstutzen kann, ohne dass das Berner Kulturleben Schaden erleiden muss.

*Natalie Imboden* (GB) für die Fraktion GB/JA!/GPB: Die Kulturförderung in dieser Stadt soll nicht ausgebaut werden dürfen. Das ist kulturpolitische Kurzsichtigkeit, denn die zeitgenössische Kultur von heute ist die etablierte Kultur von morgen. Die Zwischennutzung des Progymnasiums wird bestritten: Ein solch grosses Gebäude kann nicht zwischengenutzt werden, ohne dass minimale bauliche oder betriebliche Investitionen getätigt werden. Was jetzt im Progymnasium geschieht, ist spannend für die Stadt Bern und verdient diesen Betrag. Die Leistungsverträge der Reitschule und der Grossen Halle werden einmal mehr in Frage gestellt. Die SVP ist anscheinend eine schlechte Verliererin, die Leistungsverträge wurden hier im Rat verhandelt und in Kraft gesetzt. Wenn man nun versucht, sie via Budget auszuhebeln, zeugt das von schlechtem Stil. In Frage gestellt wird auch die Förderung von jungen Künstlerinnen und Künstlern in den Bereichen Bildende Kunst und Musik. Anscheinend gibt es in der Stadt

Bern – und das ist eigentlich erfreulich – immer mehr qualifizierte Kunstschaffende, die sich melden für Stipendien und Unterstützungsbeiträge. Dazu trägt sicher auch die Hochschule der Künste bei. Wir glauben, dass es sinnvoll ist, die Beiträge ein wenig zu erhöhen und damit mehr Leuten die Möglichkeit zu geben, einen Beitrag ans kulturelle Leben der Stadt Bern zu leisten. Der Antrag der FDP, der ins gleiche Horn stösst, entspricht einer Light-Version der SVP-Kulturpolitik. Man verlangt einen Drittel weniger als die SVP – aber eigentlich sind die Anträge fast identisch. Weniger Förderbeiträge für Kunst und Musik: Lautet so das Parteiprogramm der FDP der Stadt Bern? Ich habe in anderen Städten des Landes – z.B. Genf und Zürich – vom Freisinn ganz anderes gehört. Dort herrscht ein bürgerliches Klima, das sich für Gegenwartskunst interessiert und Kulturfragen wichtig nimmt und sich nicht nur dem Sauglaktismus widmet und für mehr Autos oder mehr beheizte Beizen an der Front kämpft. Hans Peter Aeberhard hat behauptet, dass in der Stadt Bern 65 Mio in Kultur investiert würden: Er hat nicht richtig nachgelesen. In den 65 Mio sind 15 Mio Sport und 11 Mio Wanderwege und Grünanlagen enthalten – der Kulturbeitrag ist also erheblich kleiner. Denken wir doch an die Klees von morgen, sie leben heute und sie sind besser bedient, wenn sie jetzt gefördert werden – nicht erst nach ihrem Tod.

*Verena Furrer-Lehmann* (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Thomas Weil hat gesagt, die SVP wolle bloss sparen. Wir sind der Überzeugung, dass mit diesen Kürzungsvorschlägen am falschen Ort gespart würde. Die Gegenwartskultur, die heutigen Kulturschaffenden in der Stadt Bern, sind einem ständigen Wandel der Kulturförderung unterworfen. Wir Politikerinnen und Politiker müssen hier konstante Rahmenbedingungen schaffen. Es geht um kleine Beträge in sehr innovative Projekte, wo Leute mit totalem Engagement und viel Idealismus am Werk sind – meistens unentgeltlich oder ehrenamtlich. Wenn die Stadt hier einen kleinen Impuls geben kann im Sinne einer Anschubfinanzierung, finden wir dies sehr wertvoll und wichtig. So können die kleinen Beiträge oft grosse Wirkung entfalten. Sie sind unter anderem ein Signal an die Berner Kulturschaffenden, dass man nicht nur für die etablierte Kultur Millionenbeträge ausgibt – die aus unserer Sicht wenig Fördercharakter besitzen –, sondern auch jenen Schichten, die ungesicherte Kultur, ungesicherte Entwicklungen pflegen, eine Chance gibt. Der Antrag der FDP erstaunt mich sehr – ihre Mitglieder in der Kulturkommission haben ganz andere, aufgeschlossene Meinungen geäußert. Ich verstehe nicht ganz, was die Fraktion hier für ein Spiel treibt. Kultur ist der Spiegel unserer Gesellschaft und für die GFL ein Schwerpunkt – wir werden diesen Kürzungen niemals zustimmen.

*Hans Peter Aeberhard* für die FDP-Fraktion: Generell möchte ich anmerken, dass es der FDP nicht darum geht, Kulturbeiträge zu kürzen, sondern vielmehr darum, zur Zeit keine Erhöhungen in diesem Bereich zuzulassen. Wir sehen nicht ein, weshalb man die zeitgenössische Kultur 2005 mehr fördern muss als im Jahr 2004. Übereinstimmend sind unsere Anträge mit jenen der SVP bezüglich der ausserordentlichen Beiträge Kultur um 108 000 Franken. Welchen Ratsmitgliedern ist bekannt, dass diese Beiträge bis anhin 192 000 Franken betragen und jetzt auf 300 000 aufgestockt werden sollen? Kürzung Beitrag Stadtgalerie: Bis anhin hat man 122 000 bezahlt, jetzt sollen es plötzlich 206 000 sein. Kürzung Cinéville: Früher hat der Betrieb 38 000 Franken erhalten, jetzt sollen es 208 000 sein. Dafür hätten wir noch ein gewisses Verständnis, weil ein neues Finanzierungsmodell erarbeitet wurde. Aber das Prinzip ist klar: Man hat und kriegt noch mehr, wenn man gut betteln kann. So wird immer wieder ein Kulturschaffender vor der Tür stehen und die hohle Hand machen – etwa so, wie der Gemeinderat beim Bund die hohle Hand macht, weil er das Gefühl hat, Bern sei die Kulturhauptstadt. Und weshalb man beim Berner Symphonieorchester von 4,5 auf 4,6 Mio aufstocken muss, sehen wir auch nicht ein. Ich bitte den Rat vernünftig zu sein und nicht jenen immer mehr zu geben, die bereits haben.

*Liselotte Lüscher* (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Wir bitten den Rat dringend, die unseriös eingebrachten Anträge von SVP/JSVP sowie FDP abzulehnen. Niemand hat diese Anträge in der FKÖ vorgebracht, sie schneien hier rein ohne jegliche Vorabklärung mit dem Gemeinderat und der zuständigen Kommission. Fast 1,5 Mio will die SVP bei der Kultur kürzen, die FDP beinahe 1 Mio. Das Budget soll also nicht ausgeglichen sein, sondern deutlich schwarze Zahlen aufweisen. Weshalb? Ich nehme an, damit man wieder einmal eine Steuersenkung verlangen kann – auf Kosten der Kultur, von der die Steuerzahlerinnen und -zahler zum grossen Teil direkt profitieren können: Sie können in Konzerte gehen, an Ausstellungen und ins Theater. Und sie sehen, welche Fragen die bildende Kunst und die Literatur an unsere Welt stellen. Kultur hilft uns, über die Nasenspitze hinaus zu sehen und das Weltgeschehen besser zu begreifen. Das liegt anscheinend nicht im Interesse von SVP und FDP. Dass die SVP den Leistungsvertrag mit der Reitschule und der Grossen Halle killen will, indem sie den zugehörigen Kredit einfach streicht, illustriert, was die Ratskolleginnen und -kollegen auf dieser Seite unter Demokratie verstehen. Der positive Beschluss des Stadtrats vom März 2004 wird nicht als Mehrheitsbeschluss akzeptiert, man versucht ihn jetzt einfach auf andere Weise umzustossen. Wenigstens hier hat der Freisinn nicht mitgemacht. Die Anträge zeigen es: Man will keine anständig finanzierte Stadtgalerie, kein funktionierendes Kino im Kunstmuseum, keine Zwischennutzung des Progymnasiums und so weiter. Lieber will man mehr Geld im Portemonnaie und sein eigenes Videokino zuhause. Wie heutige Künstlerinnen und Künstler unsere Welt interpretieren ist nicht von Interesse. Eine Stadt, die sich keine Kultur mehr leistet, ist eine tote Stadt; eine Stadt, die sich zuwenig Kultur leistet, ist eine armselige Stadt. Ich bitte den Rat noch einmal, all diese traurigen Kulturstreichungsanträge abzulehnen.

Als Präsidentin der Umsetzungskommission NSB möchte ich noch anfügen, dass die Abstimmung jedes einzelnen Antrags der NSB-Philosophie klar widerspricht: Wir entscheiden nur noch über das Globalbudget.

*Thomas Weil* (SVP): Anträge können wir aus der Fraktion stellen, wie und wann es uns beliebt. Ich glaube, das ist korrekt. Und wenn es in der SP-Fraktion ein paar Lehrer geben sollte, die uns schulmeistern wollen, ändert das nichts an der Sache. Noch zu unserem Demokratieverständnis, das mehrfach angesprochen wurde: Es geht bei diesen Anträgen zur Reitschule und Grossen Halle um Erhöhungsbeiträge – sie stehen ausserhalb der Beiträge, die im Rahmen der Leistungsverträge gesprochen wurde. Zur Stadt, die ohne Kultur eine arme Stadt sein soll: Das kann sein, aber eine Stadt ohne gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft ist aus unserer Sicht eine noch ärmere Stadt. Wir wären froh, wenn die linke Seite auch mal Vorstösse zu einer besseren Infrastruktur im Wirtschaftsbereich unterstützen würde. Ohne kompetente und potente Steuerzahlerinnen und Steuerzahler kann man auch keine starke Kulturpolitik verwirklichen. Wenn wir Steuerzahlende – auch Firmen – anziehen wollen, welche das Kulturangebot fördern, müssen wir zuerst die Wirtschaft fördern. Diesbezüglich ist die linke Optik einseitig und unrealistisch.

*Urs Jaberg* (FDP): Es ist mir auch schon leichter gefallen als heute, hier ans Rednerpult zu treten. Weil ich aber schon von zwei Seiten zitiert wurde, muss ich mich zum Thema äussern. Ich schicke voraus, dass ich ausnahmsweise nicht einer Meinung bin mit meiner Fraktion, dieses Recht muss ich mir ausbedingen. Natürlich investiert die Stadt bereits heute viel Geld in Kultur, in die arrivierte wie in die alternative. Bern ist bereits eine lebendige Kulturstadt, sie schmückt sich ja auch mit dem Titel „Weltkulturgut“. Ich denke aber, dass uns dieser vornehme Titel gerade gegenüber den privaten Geldgebern, von denen wir in den letzten Jahren sehr profitiert haben, dazu verpflichtet, ein Zeichen zu setzen. Meiner Meinung nach geht es darum, zu zeigen, dass uns das Kulturleben in der Stadt Bern etwas Wert ist, deshalb dürfen

wir nicht knauserig sein. Ich möchte darauf hinweisen, dass Bern eine Universitätsstadt ist und die Hauptstadt der Schweiz, Bern hat auch eine Hochschule für Künste und ich glaube, dass es richtig ist, wenn wir unser Kulturangebot etwa auf ein adäquates Niveau bringen. Ich werde die Streichungsanträge aus meiner Fraktion ablehnen, weil ich der Meinung bin, dass wir nicht nur mit Sandstein und Berner Geranien Werbung betreiben sollten, sondern auch mit einem aktiven, vielfältigen Kulturleben in der Stadt.

*Hans Peter Aeberhard (FDP):* Dem Lamento nach zu urteilen, muss die arme zeitgenössische Kunst wohl untergehen, wenn die Anträge angenommen werden. Da frage ich mich aber: Wie hat sie denn 2004 und in den Jahren zuvor überlebt und was haben die Fraktionen, die mehr Geld ausgeben wollen, vorher an Vorstössen zur Unterstützung zeitgenössischer Kultur eingebracht? Ich habe mich rückversichert: Niemand kann sich an derartige Vorstösse erinnern. Jetzt kommt aber der Gemeinderat, der selbst die Budgethoheit innehat, und will die zeitgenössische Kunst unterstützen – irgendwo hat er wohl gehört, dass dies nötig sei. Wir allerdings haben dies im Stadtrat nie gesagt. Und weshalb man die Beiträge in diesem Bereich in diesem Mass erhöhen muss, hat der Gemeinderat bisher auch nicht begründet.

*Stadtpräsident Klaus Baumgartner:* Ich muss Hans Peter Aeberhard entgegnen: Wer so polemisiert ist sich seiner Sache wohl nicht ganz sicher. Durch mehr Polemisierung werden die Ablehnungsgründe nicht besser. Ich bedaure, dass diese Anträge nicht in der Kommission gestellt wurden, wo man eingehend die Gründe für die Erhöhungen der Beiträge hätte darlegen können. „Wer schon hat, soll nicht mehr kriegen“, ist keine saubere und schon gar keine fundierte Begründung für eine Ablehnung. Die Fraktionserklärung von Hans Peter Aeberhard, in der er laut ausgerufen hat, dass eine Erhöhung der Kulturbeiträge um 2,7 Mio nicht annehmbar sei, wäre wohl anders ausgefallen, wenn er die Seite mit dem Produktgruppen-Budget richtig gelesen hätte. Da steht nämlich drin, dass es sich bei über 1 Mio dieses Betrags nicht um Erhöhungen, sondern um Umlagerungen von Kulturkrediten – namentlich aus der FPI – handelt. Ausserdem hätte man daraus auch erfahren können, dass 181 000 Franken erhöhte Abschreibungen und interne Verrechnungen sind, die dort zu Buche schlagen. Und über eine halbe Million haben der Stadtrat und das Volk bewilligt – notabene für die Reithalle. Es geht also um 960 000 Franken, welche auch mit den Kürzungsanträgen anvisiert werden. Weil man die Anträge nicht in der Kommission behandeln konnte und hier zum Teil Unkenntnis über die Gründe für die Erhöhungen herrscht, werde ich kurz auf ein paar Punkte eingehen. Die Reitschule wurde mehrfach erwähnt: Wir haben hier einen Leistungsvertrag verabschiedet, am 18. März hat das Volk darüber abgestimmt und wir sind einen jährlichen Verpflichtungskredit eingegangen, der dem aufgeführten Betrag entspricht. Dasselbe gilt für den Verein Grosse Halle. Wenn wir diese Beträge nicht einhalten, verlieren wir Vertrauen und werden vertragsuntreu – insbesondere, nachdem das Volk dazu Ja gesagt hat. Irgendwann müsste man auch als Gegner der Reitschule ein fairer Verlierer sein und einsehen, dass das Volk anders entschieden hat. Zur Zwischennutzung Progymnasium: Diese Sache wurde beschlossen, weil man das Schulhaus nicht leer stehen lassen will. Rund die Hälfte steht für Kultur zur Verfügung, die andere Hälfte für kommerzielle Tätigkeiten. Bei den 350 000 Franken, die jetzt zur Streichung beantragt sind, handelt es sich eigentlich um einen Bruttobetrag: 270 000 Franken betragen die Einnahmen und es besteht somit eine Differenz von 80 000 Franken. Zum zeitgenössischen Kunstschaffen: Hier engagieren wir uns keineswegs mit stolzen Beträgen. Jahrelang haben wir uns gar nicht bewegt und nur gerade 8 Prozent der gesamten Kulturausgaben für diesen Bereich verwendet, obwohl hier sehr viele Aktivitäten auch von jungen Leuten gefördert werden können. Manchmal ist es schwer abzuschätzen, was aus den einzelnen Personen einmal wird. Aber in vieler Hinsicht lassen sich hier Dinge bewegen. Als wir begonnen haben, Beiträge zu sprechen für Mundartrock, für Kassetten, nachher für

CDs, wusste man nicht, ob das ein Hit wird – heute ist es ein Hit. Und genau solche Dinge, aktuelle Kultur, die heute entsteht, unterstützen wir mit Werk- oder Produktionsbeiträgen und geben dadurch jungen Leuten eine Chance.

Auch der Beitrag an die Stadtgalerie wird bestritten. Diese Galerie gibt vielen bildenden Künstlerinnen und Künstlern die grosse Chance, eine Ausstellung zu bestreiten – unabhängig von den Galeristen, die ich damit nicht angreifen möchte. Bisher wurde die Galerie finanziert aus dem Kredit für bildende Kunst – ein Kredit der sowieso sehr klein ist, heute kaum mehr Ankäufe erlaubt und für Werkbeiträge lediglich einen Spielraum von 20- bis 25 000 Franken lässt. Wir möchten die Stadtgalerie aus diesem Pool heraus lösen und selbständig fördern, damit auf der anderen Seite mehr Möglichkeiten im Bereich bildende Kunst entstehen – dies auch als Gegengewicht zu den grossen Institutionen. Zur Förderung der Musik gibt es Ähnliches zu sagen: Da gibt es laufend Änderungen und neue Stilrichtungen, es werden Konzerte, Kompositionswettbewerbe und -aufträge unterstützt, manchmal auch Gruppen, die von Aussen kommen. Es wäre ganz wichtig, dass wir uns dort stärker engagieren könnten. Die rund 168 Gesuche, von denen wir einen sehr grossen Teil ablehnen mussten, haben gezeigt, dass es hier eine lebendige Szene gibt, die Unterstützung verdient.

Bestritten werden auch die ausserordentlichen Beiträge für kulturelle Aufgaben. Sehr viele Anfragen betreffen halbkommerzielle bis kommerzielle Veranstaltungen, die wichtig sind für unsere Stadt – wie z.B. das Buskers-Festival. Das war 2004 ein grosser Hit, wir möchten es wieder durchführen. Wenn die ausserordentlichen Kredite aber auf dem alten Niveau bleiben, müssen wir den Veranstaltern sagen, dass es uns nicht mehr möglich ist, sie zu unterstützen. Das wäre z.B. eine ganz konkrete Aktivität, die bei Annahme des Kürzungsantrags gefährdet wäre. Bei der kulturellen Infrastruktur, deren Erhöhung um 51 00 bestritten ist, handelt es sich um viele verschiedene Posten, mit denen wir junge Künstlerinnen und Künstler unterstützen können. Wir leisten z.B. Transferzahlungen an die Liegenschaftsverwaltung und können so Mietzinse für Ateliers senken. Grundsätzlich geht es in diesem Bereich darum, dass Räumlichkeiten wie Ateliers oder Übungsräume zur Verfügung stehen – dies hat eine Breitenwirkung für die Kultur. Noch zum Cinéville: Zu diesem Thema wurden entgegen Hans Peter Aeberhards Behauptung durchaus Vorstösse gemacht. Sie haben zum Ziel, das Kino zu erhalten. Der Betrieb wurde auf eine neue Basis gestellt und teilweise aus dem Filmkredit finanziert. Wenn wir das Kino weiter betreiben wollen, müsste die Stadt zu den 20 000 Franken, die vom Kunstmuseum kommen, 170 000 Franken beisteuern. Wir haben diese Unterstützung und das neue Konzept aufgrund der Vorstösse aus dem Stadtrat auf diese Weise angelegt.

Zuletzt zum Berner Symphonieorchester: Hier besteht ein Leistungsvertrag, der eigentlich nicht mehr mit den Förderungsbeiträgen kongruent ist. Wir verpflichten das Symphonieorchester zu einem gewissen Personalbestand und zu Gratis-Auftritten im Stadttheater. Mit dem bestehenden Kredit ist es nun nicht möglich, den Personalbestand zu halten, auch aufgrund der Altersstruktur: Viele der Musikerinnen und Musiker sind im fortgeschrittenen Alter. Wenn wir da nicht unterstützend eingreifen, kann das Orchester 3,7 Stellen nicht besetzen und den Leistungsvertrag nicht erfüllen. Die Erhöhung des Betrags ist also namentlich auch zugunsten des Stadttheaters berechtigt.

Ich bitte den Rat, sämtliche Anträge – sowohl jene der SVP als auch jene der FDP – abzulehnen.

### **Beschluss**

Der Antrag Fraktion SVP/JSVP zu Seite 82 wird mit 15 : 50 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

*Stephan Hügli* (FDP): Ich beantrage, dass wir über die einzelnen Punkte des Antrags abstimmen, sonst müssen wir sie getrennt als Anträge einbringen – was ich an dieser Stelle gleich offiziell tun würde. Dieses Vorgehen bedeutet keine Durchbrechung des Globalbudgetierungssystems. Der Rat wird ja am Schluss global über die bereinigten Kredite abstimmen. Es besteht die Gefahr, dass wir in allen Punkten verlieren und es ginge schneller, wenn man nur über den gesamten Antrag befinden würde – trotzdem beantrage ich eine Einzel-Abstimmung.

## Beschlüsse

1. Antrag Fraktion SVP/JSVP zur Seite 82, Kulturförderung, Kürzung Globalkredit:
  - a) Die Streichung der Beitragserhöhung Reitschule wird mit 15 : 49 Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt.
  - b) Die Streichung der Beitragserhöhung ausserordentliche kulturelle Aufgaben wird mit 22 : 46 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.
  - c) Die Streichung des Beitrags Zwischennutzung Progymnasium wird mit 20 : 47 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.
  - d) Die Streichung der Beitragserhöhung Stadtgalerie wird mit 26 : 42 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.
  - e) Die Streichung der Beitragserhöhung Cinéville wird mit 25 : 42 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.
  - f) Die Streichung der Beitragserhöhung Verein Grosse Halle wird mit 21 : 43 Stimmen bei 6 Enthaltungen abgelehnt.
2. Der Eventualantrag 1 Fraktion SVP/JSVP zu Seite 82, Kulturförderung: Halbierung des Beitrag für die Verstärkung der Förderung des zeitgenössischen Kulturschaffens wird mit 26 : 41 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.
3. Der Eventualantrag 2 Fraktion SVP/JSVP zu den Seiten 82 f., Kulturförderung: Abgeltung Leistungsverträge; Beitrag Reitschule streichen, wird mit 16 : 49 Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt.
4. Antrag der FDP-Fraktion zu Seite 82, Kulturförderung, Kürzung Globalkredit (es wird nur über jene Punkte abgestimmt, die vom Antrag 1 der SVP/JSVP abweichen):
  - a) Die Beitragskürzung Förderung Bildende Kunst wird mit 26 : 40 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt.
  - b) Die Beitragskürzung Förderung Musik wird mit 23 : 43 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.
  - c) Die Beitragskürzung Infrastruktur Kultur wird mit 26 : 40 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt.
  - d) Die Beitragskürzung Berner Symphonieorchester wird mit 22 : 43 Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt.

S. 102 PG 150000 Baurechtl. Be- willigungsverfah- ren/Voranfragen	SVP/JSVP- Fraktion Kürzung Glo- balkredit	<i>Kürzung Globalkredit</i> Streichen von Fr. 134'000 für die neue Stadtbild- kommission (PG 150000) <b>Globalbudget Bauinspektorat</b> von Fr. 1'475'861 um <b>Fr. 134'000</b> auf Fr. 1'341'861 <b>kürzen</b>
---	--	---

*Thomas Weil* (SVP) für die Fraktion SVP/JSVP: Wir haben nicht eingesehen, weshalb die nicht mehr existierende Ästhetikkommission durch die Hintertür durch eine Stadtbildkommission ersetzt werden soll. Deshalb beantragen wir die Streichung des Betrags. Die Stadtbildkommission kontrolliert überwiegend die Einhaltung von baulichen Vorschriften in der Stadt –

was nicht unbedingt wirtschaftsfreundlich ist. Lieber wäre uns eine Kommission, die sich um Schmierereien kümmert oder um den sonstigen Dreck, der das Stadtbild stört.

*Martina Dvoracek* (GB) für die Fraktion GB/JAI/GPB: Unsere Fraktion hat Vorbehalte gegenüber der Aufstockung. Nicht, weil wir gegen die Stadtbildkommission sind, sondern weil wir nicht wollen, dass Vorwegnahmen bezüglich der Bauordnung gemacht werden, über die bekanntlich erst nächstes Jahr debattiert wird.

*Thomas Balmer* für die FDP-Fraktion: Die Stadtbildkommission ersetzt zwei bisherige Kommissionen – das ist eine Optimierung im Sinne unserer Fraktion. Das neue Organ soll sich um die wesentlichen Geschäfte kümmern und nicht wie die früheren Kommissionen um jeden Erker, jedes Dachfenster und anderen Unsinn. Wir lehnen die Streichung ab, weil wir den Weg, den die neue Bauordnung (BO) einschlägt, als richtig erachten.

Stadtpräsident *Klaus Baumgartner*: Ich bitte den Rat, den Antrag abzulehnen. Das Erscheinungsbild einer Stadt ist wichtig. Wir können nicht dauernd von einer attraktiven Stadt reden und gleichzeitig Auswüchse zulassen, wie sie an anderen Orten zu betrachten sind – z.B. in Basel, wo in der Altstadt grobe Fehler gemacht wurden. Im Bereich Planung geht es darum, dass vernünftige Vorhaben realisiert werden, die das Stadtbild ergänzen oder sich gut einfügen. Die ästhetische Kommission hat aufgrund der Vorsprachen der Präsidenten der bernischen Bauplanungsfachverbände die Schaffung einer Kommission angeregt, die mindestens mehrheitlich mit auswärtigen Fachleuten – Architektinnen und Architekten – besetzt sein sollte. Die Mitglieder der ästhetischen Kommission haben ihren Rücktritt eingereicht und wir haben nach Ersatz gesucht. Im Moment besteht eine Übergangskommission mit teilweise externen Fachleuten und einem Sekretariat, das tatsächlich – wie Thomas Balmer es erwähnt hat – die wichtigsten Bauten bewertet. Details wie Fenstersprossen etc. werden von einer verwaltungsinternen Kommission behandelt. Es ist nun allerdings so, dass gute, externe Fachleute nicht für 50 Franken an eine Kommissionssitzung kommen. Gefordert wurde ein SIA-Ansatz von 190 Franken, der Gemeinderat hat den Betrag zurückgestuft auf 150 Franken. Zusammen mit dem Sekretariat entstehen so Gesamtkosten von 134 000 Franken. Im neuen Bauordnungsentwurf ist diese Kommission übrigens auch vorgesehen, weil dem Erscheinungsbild weiterhin Beachtung geschenkt werden muss. Wir haben mit der Übergangskommission positive Erfahrung gemacht und ich denke, die Ausgaben in diesem Bereich sind gerechtfertigt.

## Beschluss

Der Antrag SVP/JSVP zu Seite 102 wird mit 12 : 49 Stimmen bei 8 Enthaltungen abgelehnt.

S. 108 PG 150200 Baurechtliche Aus- künfte	FKÖ Übergeordnete Ziele	<p><i>Bisheriges Ziel ergänzen:</i> „Erteilen von <b>kostenlosen bau- und verfahrensrechtlich korrekten</b> Auskünften und Stellungnahmen im Interesse der Einhaltung der bau- und umweltrechtlichen Vorschriften.“</p> <p><b>Zusätzliche, neue Ziele:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Mit Stellungnahmen zu stadtinternen Geschäften und Plangenehmigungsverfahren werden die baurechtlich und baupolizeilich relevanten Aspekte eingebracht. <i>[bisher Hinweis zur Zielüberprüfung]</i></li> <li>- Die Dienstleistungen des Archivs erlauben Auskünfte über erteilte Bauentscheide zwecks Sicher-</li> </ul>
---	-------------------------------	--

		stellung der bewilligten baulichen und nutzungs- mässigen Situation. <i>[bisher Hinweis zur Zielüber- prüfung]</i>
S. 112	FKÖ	<i>Neue Kennzahl</i>
PG 160000	Neue Kennzahl	<b>Neue Kennzahl 6)</b> Anzahl Anfragen um Unterstüt- zung/Vermittlung/Abklärungen
Wirtschaftsförderung		
S. 103	FKÖ	<i>Änderung redaktioneller Art</i>
PG 150000	Übergeordnete	„Sicherstellen der Einhaltung der <del>Bewilligungsver-</del> <del>fahren und Vorfragen unter Beachtung der Umwel-</del> <del>tauswirkungen</del> <b>bau- und umweltrechtlichen Vor-</b> <b>schriften bei Baugesuchen und Voranfragen.“</b>
Baurechtliche Bewil-	Ziele	
ligungsverfahren /		
Voranfragen		
S. 106	FKÖ	<i>Empfehlung: neuer Text</i>
PG 150100	Hinweise zur	„Die Frist zur Einreichung der Stellungnahmen in Beschwerdeverfahren ist mit der Verfügung der Beschwerdeinstanz vorgegeben.“
Beschwerden / Wi-	Zielüberprüfung	Verschiebung der bisherigen Formulierung zu den Bemerkungen.
derrechtliches Bau-		
en		
S. 108	FKÖ	<i>Empfehlung: neu</i>
PG 150200	Hinweise zur	<b>Streichen der Abschnitte 1, 2 und 3</b> der Hinweise zur Zielüberprüfung. <i>[Die bisherigen Abschnitte 2 und 3 werden neu ‚übergeordnete Ziele‘, vgl. oben].</i>
Baurechtliche Aus-	Zielüberprüfung	<b>Neuer Hinweis zur Zielüberprüfung:</b> „Kundentreue Behandlung der Auskunftsein- holenden. Fristgerechte Stellungnahmen zu den stadtinternen Geschäften und Vernehmlassungen.“
künfte		

## Beschluss

Die Anträge und Empfehlungen der FKÖ zu den Seiten 108, 112, 103, 106, und 108 sind un-  
bestritten und werden stillschweigend genehmigt.

## PGB Direktion für Öffentliche Sicherheit (DSI)

*Markus Kiener* (FDP) für die FKÖ: Die Direktion öffentliche Sicherheit weist Nettokosten von  
51 347 419 Franken aus. Es ist kein Leistungsabbau vorgesehen. Die Globalvorgaben wurden  
um rund 3,2 Mio überschritten. Die Gründe dafür sind ein Mindererlös von 2,1 Mio bei der  
Parkplatzbewirtschaftung und der entsprechende, voll budgetierte Personalbestand. Gegen-  
über dem Vorjahr nehmen die Nettokosten um 3,188 Mio zu. Unsere Anträge sind redaktionel-  
ler Natur – mit einer Ausnahme, auf die ich noch zu sprechen komme. Von den anderen vor-  
liegenden Anträgen konnten wir nur jene von Daniele Jenni behandeln und diese fanden in  
der FKÖ keine Mehrheit. Die Mehrheit der FKÖ empfiehlt dem Rat die Annahme des Produk-  
tengruppen-Budgets DSI.

Zu unseren Anträgen: Der Antrag zur Seite 133 betrifft übergeordnete Ziele, die geändert  
werden sollen. Bei Seite 134 geht es um die Änderung einer Steuerungsvorgabe – diesen  
Antrag haben wir auch mit der BAK diskutiert. Wir möchten die Reduktion der Verkehrsunfälle  
gerne von 1 auf 2 Prozent erhöhen. Man muss sich aber bewusst sein, dass dies ohne zu-  
sätzliche finanzielle Mittel geschehen soll und wir in dieser Sache abhängig sind von Bund  
und Kanton, welche die Unfallverhütungsmassnahmen und Aktionen durchführen. Dieser An-  
trag hat in der Kommission eine Mehrheit gefunden, wir empfehlen ihn deshalb zur Annahme,

obwohl laut Experten die Einflussmöglichkeiten beschränkt sind. Bei Seite 160 geht es um eine Steuerungsvorgabe und eine Kennzahl. Der Antrag zu Seite 164 betrifft die Streichung einer Kennzahl beim Zivilschutz: Ereignisse in ausserordentlichen Lagen kommen nicht so oft vor, dass dafür eine eigene Kennzahl nötig wäre. Zu den Hilfeleistungen Seite 151 beantragen wir eine redaktionelle Änderung betreffend den Minutenangaben zu den Notfalleinsätzen.

S. 121 FDP-Fraktion *Kürzung Globalkredit*  
 PG 200100 Kürzung Glo- Streichung Projektleiterstelle Police Bern Fr. 120'000  
 Stabsdienste balkredit (P200120)  
**Globalbudget Stabsdienste** von Fr. 2'091'755 um **Fr. 120'000** auf Fr. 1'971'755 **kürzen**

*Hans Peter Aeberhard* für die FDP-Fraktion: Hier geht es um einen Posten, auf den man nach Meinung der FDP verzichten könnte: 120 000 für die Projektleitungsstelle Police Bern. Die Finanzdirektion, die intern vergeblich diesen Antrag stellte, war der Meinung, dass sich die Projektleitung mit dem bestehenden Personal bewältigen liesse. Ich erinnere daran, dass durch die neue Direktionsorganisation beispielsweise die Generalsekretärin Frau Roth frei wird und eine neue Aufgabe braucht – sie kann wohl kaum einfach zur Co-Generalsekretärin gemacht werden. Wir glauben deshalb, dass sich innerhalb des bestehenden Kaderns jemand finden liesse, der die Angelegenheit mit Police Bern abwickeln könnte. Die Direktorin DSI ist der Meinung, dieser Posten sei unbedingt nötig – wir können diese Einschätzung nicht teilen.

*Ursula Begert*, Direktorin DSI: Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, den Streichungsantrag abzulehnen. Ich erinnere daran, dass Frau Andres bereits 5 neue Stellen geschaffen hat, um das Projekt Police Bern zu begleiten. Es ist ein grosses, umfassendes Thema, das hier in Angriff genommen wird und ich denke, dass sich diese einzelne zusätzliche Projektleitungsstelle – die übrigens befristet ist – im Vergleich recht bescheiden ausnimmt. Ausserdem möchte ich zu bedenken geben, dass wir diese Ausgabe bereits im Budget aufgefangen haben. Wenn die Stelle jetzt gestrichen wird, würde die DSI also doppelt bestraft und das würde echte Probleme verursachen.

### Beschluss

Der Antrag der FDP-Fraktion zu Seite 121 Stabsdienste wird mit 29 : 35 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

S. 126 SP/JUSO- *Erhöhung Globalkredit / Steuerungsvorgabe*  
 Stadtpolizei / Fraktion **Steuerungsvorgabe 4) / Kommentar ändern:**  
 S. 134 Erhöhung Glo- „Ziel: Kindergarten bis ~~5.~~ **9.** Klasse **mindestens** 1x jähr-  
 PG Verkehrssi- balkredit lich“  
 cherheit **Erhöhung des Globalkredits Stadtpolizei um Fr. 200'000** von Fr. 28'249'379 auf Fr. 28'449'379 zugunsten des Produkts 210310 Verkehrsprävention<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Begründung: Der Gemeinderat stellt in den Legislaturrichtlinien 2001-04 in Kapitel 3.5 „Sichere Verkehrswege für schwache Verkehrsteilnehmende“ (Kernmassnahmen im Bereich Sicherheit und Integration) eine Überprüfung des Konzepts der Verkehrsinstruktion in Aussicht.

In seinem Bericht zum Postulat SP/JUSO „Ein Konzept für Verkehrsunterricht und Schulwegsicherung“ (Raymond Anliker) konkretisiert der GR die zu treffenden Massnahmen:

- 1 zusätzliche Lektion Verkehrsunterricht Kindergarten / 1. Klasse (Üben von praktischen Situationen)
- Bedarf nach 1 zusätzlichen Lektion 4./5. Schuljahr (Signallehre, Verhalten im Verkehr)
- Bedarf nach Verkehrsunterricht / Mobiliätsunterricht 6.-9. Schuljahr unter Mithilfe der Polizei.
- Instruktion im Schonraum (Verkehrsgarten; s. a. überwiesenes Postulat SP/JUSO „Ein Verkehrsgarten für Berner Kinder“; bis heute kein spruchreifes Projekt).

*Raymond Anliker* (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Gerne gehe ich das Risiko ein, wieder als Lehrer bezeichnet zu werden, wenn ich hier sachliche Argumentationen zum Antrag vortrage: Ich bin stolz auf meinen Beruf. Die Begründung des Antrags ist in der Fussnote angefügt, ergänzend dazu könnte ich sagen, dass der Antrag im Kontext steht zum Antrag der FKÖ betreffend die Reduktion der Verkehrsunfälle um 2 Prozent, den Markus Kiener vorhin erwähnt hat. Dies wäre eine gezielte Steuerung, um das Ziel zu erreichen, andererseits kann ich sagen, dass bis anhin die Dotierung des Beratungsdienstes für Verkehrssicherheit sehr bescheiden war. Wenn ich mich nicht täusche, handelt es sich um drei Stellen zu 80 Prozent, die restlichen 20 Prozent leisten die Mitarbeiter im normalen Polizeidienst, das ist gesamtschweizerisch gesehen eine unübliche Lösung, weil damit auch viele Ressourcen verloren gehen für die eigentlich zentrale Aufgabe, nämlich die Verkehrs- oder Mobilitätserziehung. Aus den Steuerungsvorgaben, die wir verändern möchten, geht hervor, dass man im Moment nur in der Lage ist, Verkehrs- und Mobilitätserziehung bis in die 5. Klasse anzubieten und dabei nicht einmal mindestens eine Lektion garantieren kann. Der gesamtschweizerische Vergleich zeigt, dass das Berner Modell mehr als bescheiden ist. Es gibt heute zukunftsweisende Konzepte – z. B. in Zürich – und ich möchte darauf verweisen, dass der Gemeinderat in seinen Legislaturrichtlinien diesen Bereich als Kernmassnahme erkannt hat und jetzt offensichtlich den Antrag unterstützt. Ich bitte auch den Stadtrat, unseren Antrag zu unterstützen.

*Heinz Rub* für die FDP-Fraktion: Wir sind der Meinung, dass diese 200 000 Franken nicht gesprochen werden sollten. Hingegen glauben auch wir, dass Verkehrsprävention wichtig ist. Wir gehen davon aus, dass es im Leben eines Kindes oder eines jungen Erwachsenen diesbezüglich drei Hauptpunkte gibt: Zuerst die Verkehrserziehung im Kindergarten, wenn das Kind zum ersten Mal alleine auf die Strasse geht, später das Velo- und Töfflifahren, für das man bei der Polizei eine Prüfung ablegen muss, und an dritter Stelle ab 18 Jahren das Autofahren, für das man intensiv geschult wird. Aus unserer Sicht macht es keinen Sinn, den Verkehrsunterricht bis in die 9. Klasse auszudehnen. Polizistinnen oder Polizisten, die einer pubertierenden 8. oder 9. Klasse beibringen wollen, dass man auf dem Gepäckträger des Velos niemanden mitfahren lassen darf oder Rollerblades auf der Strasse nicht erlaubt sind, würden doch nur ausgelacht. In diesem Alter hat Verkehrserziehung keine Wirkung mehr. Diese Realität sollten eigentlich all die vielen Lehrer, die hier auf der linken Seite sitzen, akzeptieren. Was die Idee des Verkehrsgartens betrifft, können wir das Anliegen der SP/JUSO unterstützen, das wäre eine gute Sache. So könnte der Lehrer selbst entscheiden, ob seine Klasse reif ist für eine Aktion in diesem Rahmen. Generell sind wir aber gegen eine Ausdehnung bis in die 9. Klasse, auch weil es wohl schwierig wäre, einen solchen Entscheid später rückgängig zu machen. Dann würde es wieder heissen: Die FDP will kürzen.

*Daniel Kast* (CVP): Ich werde dem Antrag der SP/JUSO zustimmen. Die Verkehrserziehung wurde in den letzten Jahren immer mehr reduziert – heute existiert sie praktisch nicht mehr. Das was jetzt beispielsweise in der 5. Klasse gemacht wird, verdient kaum den Namen Verkehrserziehung. Zu meiner Zeit gab es in der 7. Klasse die Veloprüfung, heute gibt es zwischen der 5. und 7. Klasse nichts mehr. Ob es wirklich sinnvoll ist, den Unterricht bis in die 9. Klasse auszudehnen, bezweifle ich im Sinne meines Vorredners ebenfalls. Aber auf jeden Fall müsste in diesem Bereich wieder deutlich mehr geleistet werden.

---

„Für die Verwirklichung der (...) erstrebenswerten Massnahmen in den Bereichen Verkehrsunterricht (...) und Schulwegpräsenz ist eine Erhöhung der personellen Ressourcen im Rahmen von 1-2 Stellen beim Beratungsdienst Verkehrssicherheit unabdingbar.“ (Bericht des GR zum Postulat „Ein Konzept für Verkehrsunterricht und Schulwegsicherung“, 22.10.03).

*Margrit Thomet* (SVP): Verkehrserziehung ist eine wichtige Aufgabe, aber wir glauben nicht, dass für die Stufen der 7. bis 9. Klassen der vorgeschlagene Weg richtig ist. Weil wir aber das Anliegen teilen, schlagen wir vor, 100 000 Franken zu sprechen, um die unteren Klassen zu fördern.

S. 134 PG Verkehrssi- cherheit	SVP/JSVP Fraktion Erhöhung Glo- balkredit	<i>Erhöhung Globalkredit</i> <b>Erhöhung des Globalkredits Stadtpolizei um Fr. 100'000</b> von Fr. 28'249'379 auf Fr. 28'349'379 zugunsten des Produkts 210310 Verkehrsprävention
--------------------------------------	--	--

*Hans Peter Aeberhard* (FDP): Ich glaube nicht, dass eines meiner vier Kinder ab der 5. Klasse noch Verkehrsunterricht bei einem Polizisten gewollt hätte. Die Idee wäre eigentlich, dass die Lehrer von den Polizisten frühzeitig auf die Neuerungen im Verkehr eingeschworen werden und dies danach ihren Klassen im Verkehrserziehungsunterricht oder im Fach NMM – Natur, Mensch, Mitwelt – weitergeben. Ich glaube nicht, dass dies die ganze obligatorische Schulzeit über weitergeführt werden muss. Von meinen Kindern weiss ich, dass sie über die Veloprüfung in der 6. Klasse lachen mussten.

*Beat Schori* (SVP): Es wäre ja schön, wenn das Geld für alles ausreichen würde, was hier beantragt wird. Mich würde interessieren, woher wir diese Mittel eigentlich nehmen sollen. Aus meiner Sicht müssen wir uns leider nach der Decke strecken und ich wäre froh, wenn keine Anträge mehr gestellt würden, die nach neuen Beiträgen verlangen. Die Stadt Bern hat das Geld dafür nicht. Deshalb bin ich dafür, sämtliche Anträge um Erhöhung der Ausgaben abzulehnen.

*Raymond Anliker* (SP): Heinz Rub und Hans Peter Aeberhard möchte ich entgegen, dass man gerade als Lehrer, der Einblick hat in die Realität des Mobilitätsverhaltens der Schülerinnen und Schüler, zum Schluss kommen kann, dass es absolut Sinn macht, in diesem Bereich neue Wege zu gehen. Meine Vorredner gehen von einer relativ veralteten Vorstellung von Verkehrserziehung aus. Die skizzierten Methoden wurden in den Siebziger- und Achtzigerjahren angewandt, als es in erster Linie darum ging, die Kinder verkehrssignaltauglich zu machen und auf die geltenden Verbote hinzuweisen. Wenn eine Polizeiperson mit solchen Anliegen auftritt, ist klar, dass keine hohe Akzeptanz erreicht wird. Heute geht es aber darum, dass einerseits die Beratungsdienste für Verkehrssicherheit und andererseits das Schulamt der BUI eine Zusammenarbeit pflegen – auch auf konzeptioneller Ebene – und dort Angebote bereitstellen, welche unter der Mitarbeit der Polizei oder unter der Ägide der Lehrerschaft mit den Klassen durchgeführt werden können. Statt uniformierte Präsenz im Schulzimmer zu markieren und auf Verbote hinzuweisen, sollen unter der Federführung des Beratungsdienstes für Verkehrssicherheit durch gezielte Aktionen – z.B. Velotag eines Schulkreises – Jugendliche bis zur 9. Klasse erfasst werden können.

*Heinz Rub* (FDP): Ich möchte nicht in Frage stellen, was Raymond Anliker gesagt hat, ich glaube durchaus, dass er recht hat. Trotzdem bin ich dagegen, dass man diese 200 000 jetzt ausgibt. Meiner Meinung nach sollten wir das Geld sparen und gemeinsam das Ziel verfolgen, an zentraler Stelle einen Verkehrsgarten oder ein Verkehrsausbildungszentrum zu realisieren für die Jugendlichen. Das wäre sicher kostengünstiger, als Wanderprediger durch die Berner Schulen reisen zu lassen. Hier ist Weitblick gefragt und nicht Zwängerei auf die Schnelle. Falls mich das Volk wieder wählt, werde ich mich gemeinsam mit der SP für den Verkehrsgarten einsetzen.

*Daniel Lerch (CVP):* In den letzten Jahren haben die schwerwiegenden Unfälle stetig zugenommen, die Sicherheit auf den Strassen ist mangelhaft und immer wieder ist von Velofahrern die Rede, die sich nicht mehr an die Verkehrsregeln halten – ich glaube, das sind alles Argumente für rasches Handeln. Gefragt ist ein Angebot im Bereich Verkehrsunterricht, das auch für Jugendliche attraktiv ist, damit sie wieder lernen, aufeinander Rücksicht zu nehmen. Deshalb unterstütze ich den Antrag.

*Hans Peter Aeberhard (FDP):* Ich glaube, wir unterliegen hier einer Täuschung. Man müsste doch eigentlich den Globalkredit der BUI erhöhen, damit man statt Lehrer Fahrlehrer anstellen könnte. Aus meiner eigenen Erfahrung bei der Polizei muss ich sagen, dass es dort niemanden gibt, der Verkehrssinn schulen kann. Das sind Polizeitechniker und Strassenverkehrspolizisten, die nicht in der Lage sind, die erwähnten, hochtrabenden Angebote zu realisieren – dazu wäre nur ein Fahrlehrer imstande.

*Ursula Begert, Direktorin DSI:* Ich möchte den Rat dringend bitten, den Kredit für die zwei geplanten Stellen zu genehmigen. Ich glaube, wir sind uns einig: Wenn nur ein Kind weniger verunfallt in der Stadt Bern ist dieser Betrag mehr als sinnvoll investiert. Mit dem bestehenden Personal können wir die Nachfrage nicht abdecken – nicht, weil die Leute nicht dazu imstande wären, sondern weil der Bestand schlicht nicht ausreicht. Das neue Personal muss man nicht bei der Schuldirektion ansiedeln, das ist eine Fachaufgabe, die von Lehrern erfüllt werden kann. Die Verkehrspolizei ist dafür ausgebildet und leistet in diesem Bereich sehr gute Arbeit. Das ist schweizerisch anerkannt und wir dürfen uns hier zur Spitze zählen mit einer guten, bedarfsgerechten und stufengerechten Verkehrserziehung – auch für Jugendliche. Es ist völlig klar, dass man die 8.- und 9.-Klässler nicht an die Hand nimmt wie die Kleinen und mit ihnen „Lose-luege-laufe“ übt. Auf dieser Stufe werden z.B. die Probleme mit Drogen und Alkohol thematisiert. Es gibt heute Simulatoren, mit denen sich sehr eindrücklich demonstrieren lässt, was Alkohol am Steuer bewirkt. Ich könnte mir durchaus vorstellen, dass Jugendliche darauf gut ansprechen. Ich glaube, man kann davon ausgehen, dass die Fachleute bei der Polizei sehr wohl wissen, wie man den Verkehrsunterricht stufengerecht gestaltet.

Ich bin aber sehr glücklich, von Heinz Rub zu hören, dass er sich für einen Verkehrsgarten einsetzen würde. Es ist übrigens geplant, ein solches Projekt mit Sponsorengeldern zu realisieren und ich bin überzeugt davon, dass z.B. die Versicherungen dafür ein offenes Ohr hätten. Allenfalls wäre ein Projektierungskredit nötig, damit man den Sponsoren aufzeigen kann, was genau geplant ist. Meine Devise lautet in diesem Fall: Das eine tun und das andere nicht lassen.

## Beschlüsse

1. Der Antrag der SP/JUSO-Fraktion zur Erhöhung des Globalkredits um 200 000 Franken obsiegt mit 41 : 24 Stimmen bei 0 Enthaltungen über den Antrag von Margrit Thomet zur Erhöhung des Globalkredits um 100 000 Franken.
2. Der Antrag der SP/JUSO-Fraktion zu den Seiten 126 / 134 wird mit 42 : 22 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

S. 127 PG 210100 Sicherheit und Ordnung	Jenni / GPB Kürzung Glo- balkredit	<i>Kürzung Bruttokosten bzw. Globalkredit Bruttokosten des Produkts „Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung“ (P210120) auf den Stand von 2004 reduzieren: Fr. 11'444'142 statt Fr. 12'509'416 (minus Fr. 1'065'275)</i>
--	--	---

		<b>Globalbudget Stadtpolizei</b> von Fr. 28'249'379 um <b>Fr. 1'065'275</b> auf Fr. 27'184'104 <b>kürzen</b>
S. 133	Jenni / GPB	<i>Erhöhung Bruttokosten bzw. Globalkredit</i>
PG 210300	Erhöhung Glo-	Bruttokosten des Produkts „Verkehrsprävention“
Verkehrssicher-	balkredit	(P210310) um Fr. 218'684 auf Fr. 2'805'660 erhöhen;
heit		Bruttokosten des Produkts „Verkehrskontrollen“
		(P210340) um Fr. 846'590 auf Fr. 11'318'427 erhöhen
		<b>Globalbudget Stadtpolizei</b> von Fr. 28'249'379 um <b>Fr. 1'065'275</b> auf Fr. 29'314'654 <b>erhöhen</b>

*Daniele Jenni* (GPB): Man muss diese beiden Anträge gemeinsam behandeln, dann wird auch klar, in welche Richtung die falsche Entwicklung beim gegenwärtigen Budgetentwurf zielt. Auf der einen Seite wird beim Produkt „Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung“ gegenüber der Budgetierung von 2004 um 1 065 275 Franken aufgestockt, andererseits wird bei der Verkehrsprävention und den Verkehrskontrollen massiv reduziert. Die wahren Gefahren, die grossen Schäden für Leib und Leben lauern aber beim Verkehr. Verkehrsprävention und -kontrollen sind geeignet und wichtig, um wesentlichere Rechtsgüter zu schützen als jene, die im Bereich Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung allgemein gefährdet werden können. Würde man das Gefahrenpotential beurteilen und rational gewichten, müsste die Budgetierung im gegenteiligen Sinne vorgenommen werden. Das ist der Sinn meines Antrags: Die Priorisierung soll umgestellt werden, indem man bei der „Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung“ zurückgeht auf die Budgetierung 2004 – also keine Aufstockung vornimmt – und bei Verkehrsprävention und Verkehrskontrollen eine Erhöhung budgetiert. Allerdings bliebe auch die von mir beantragte Erhöhung unter dem budgetierten Niveau von 2004. Gerade eben hat man 200 000 Franken aufgestockt im Bereich Verkehrsunterricht, es gibt aber im Bereich Prävention viele andere Tätigkeitsfelder, z.B. Informationskampagnen für ältere Menschen, Vereine, Quartiere usw., da wäre eine Aufstockung um 218 684 Franken vernünftig. Bei den Verkehrskontrollen wäre ein Aufstockung um 846 590 Franken ebenso vernünftig, damit würde man auch zum Erreichen der Zieldefinitionen zur Reduktion der Verkehrsunfälle mit Personenschaden um 2 Prozent beitragen.

Die beiden Anträge neutralisieren sich finanziell gegenseitig, aber sie setzen eine andere Priorität bezüglich der Zielsetzungen. Ich bitte den Rat, dies zu unterstützen und den Anträgen zuzustimmen.

*Heinz Rub* für die FDP-Fraktion: Etwa so klar und übersichtlich wie das Votum meines Vorredner sind auch sein Anträge. Zum ersten Antrag muss ich sagen: Einen solchen Vorstoss kann meines Erachtens nur jemand machen, der Interesse daran hat, dass es die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung in einer Stadt nicht geben soll. Ob das ein arbeitsloser Anwalt ist oder jemand, der gern im Chaos lebt, weiss ich nicht, aber es sieht ganz danach aus. Sicherheit und Ordnung sind prioritäre Aufgaben der Stadtpolizei und es gibt genügend Vorstösse und Diskussionen im Stadtrat, die auf eine Aufstockung in diesem Bereich drängen, damit unsere Stadt anständig und sicher bleibt. Der erste Antrag ist für uns also indiskutabel. Zum zweiten Antrag muss man vermuten, dass Daniele Jenni nicht richtig aufgepasst hat, sonst würde er wohl kaum verlangen, dass wir im Bereich Prävention, wo wir eben gerade um 200 000 Franken aufgestockt haben, noch einmal 218 000 Franken dazugeben. Womit ich mich anfreunden könnte, wären diese 846 590 Franken für Verkehrskontrollen. Da ginge es dann ja nicht nur um den motorisierten Verkehr, sondern auch um den Veloverkehr, bei dem es höchste Zeit wäre für vermehrte Kontrollen. Weil wir aber versuchen müssen, das Budget im Griff zu behalten und das Geld sinnvoll auszugeben, sollten wir wohl einsehen, dass die

Mittel für solche Massnahmen fehlen. Die FDP-Fraktion wird die beiden Anträge selbstverständlich ablehnen.

*Ursula Begert*, Direktorin DSI: Der Gemeinderat lehnt diese beiden Anträge ab, ich persönlich lehne sie vehement ab. Die Bevölkerung will Schutz und Sicherheit. Unser austariertes Budget basiert auf Erfahrungswerten und ich möchte den Rat sehr bitten, den Anträgen von Daniele Jenni nicht zuzustimmen.

### Beschluss

Die Anträge Jenni zu Seite 127 und Seite 133 werden mit 9 : 58 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

S. 131	FKÖ	<i>Änderung Ziele:</i>
PG 210200	Übergeordnete	„Steigerung der Sicherheit <del>und des Sicherheitsempfinden</del>
Kriminalitätsbe-	Ziele	der Bürgerinnen und Bürger“ (3. Lemma)
kämpfung		
S. 134	FKÖ	<i>Steuerungsvorgabe ändern (erhöhen)</i>
PG 210300	Steuerungs-	Steuerungsvorgabe 2): Reduktion der Verkehrsunfälle mit
Verkehrssicher-	vorgabe	Personenschaden um <del>4%</del> <b>2%</b> jährlich
heit		

*Rudolf Friedli* (JSVP) für die BAK: Beim Antrag zu Seite 134 hat die BAK nachgefragt, ob diese Änderung nicht finanzrelevant werden könnte. Von der Verwaltung wurde diese Vermutung bestätigt, die Stadtpolizei kann die Entwicklung der Verkehrsunfälle mit Personenschäden nicht alleine beeinflussen, dazu braucht es gesamtschweizerische Massnahmen. Im Gegensatz zur Sachkommission hat die BAK mit 7 : 2 Stimmen bei 2 Enthaltungen beschlossen, den Antrag um Erhöhung der Steuerungsvorgabe auf 2 Prozent abzulehnen.

*Ursula Begert*, Direktorin DSI: Ich bitte die Stadträtinnen und Stadträte, dem Rat der BAK zu folgen und den Antrag der FKÖ auf Erhöhung der Steuerungsvorgabe abzulehnen. Das Ziel ist nicht realistisch. Wir können uns glücklich schätzen, wenn es uns gelingt, die Vorgabe von 1 Prozent zu erfüllen. Als Mitglied der interkantonalen Kommission für Strassenverkehr, die solche Massnahmen prüft, kann ich bestätigen, dass diess sehr viel Geld kosten und nur mittels gesamtschweizerischer Koordination wirkungsvoll umgesetzt werden können. Unsere Stadt kann dieses Ziel nicht im Alleingang erreichen.

*Daniele Jenni* (GPB): Es wird darüber diskutiert, ob die Bemühungen, welche die Polizei aufwenden sollte, um 2 Prozent der Verkehrsunfälle mit Personenschadenfolgen zu verhindern, etwas kosten würden oder nicht. In der BAK hat ein Vertreter der Polizeiverwaltung darauf hingewiesen, die erhöhte Steuerungsvorgabe könnte finanzielle Folgen haben – aber es wurde nicht klar gesagt, dass dies unbedingt so sein müsste. Wäre es nicht in jedem Fall erstrebenswert, die Verpflichtung einzugehen und mindestens zu versuchen, die 2 Prozent zu erreichen? Ob das Ziel erreicht wird, wird sich dann weisen. Und falls es etwas kosten sollte, wäre das Geld sinnvoll investiert – wenn man berechnet, welche Folgekosten und Leiden Verkehrsunfälle verursachen, so wären Investitionen im Bereich Verkehrssicherheit per Saldo bestimmt die günstigere Lösung. Deshalb wäre die neue Zielsetzung sogar ökonomisch vernünftig.

*Thomas Göttin* (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Unsere Fraktion wird den Antrag der FKÖ unterstützen. Ich glaube, man muss hier die Dimensionen im Auge behalten: Wenn man die Prozentzahl auf 2 heraufsetzt, betrifft dies ungefähr vier Unfälle pro Jahr. Und betrachtet man die Entwicklung der Sollvorgaben und der Ist-Zahlen auf Seite 134, erscheint das angestrebte Ziel der FKÖ durchaus realistisch. Wir haben vorhin über Verkehrssicherheit und Instruktion gesprochen und in diesem Bereich das Budget angepasst: Dieser Betrag sollte eigentlich dafür ausreichen, im Falle von Verkehrsunfällen mit Personenschaden die Entwicklung positiv zu beeinflussen.

### Beschlüsse

1. Der Antrag der FKÖ zu Seite 131 ist unbestritten und wird stillschweigend genehmigt.
2. Der Antrag der FKÖ zu Seite 134 wird mit 36 : 32 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

S. 134 / 128 PG 210300 Verkehrssicherheit	SVP/JSVP-Fraktion Steuerungsvorgaben	<i>Änderungen Steuerungsvorgaben</i> <b>Verkehrssicherheit</b> Steuerungsvorgabe 1) Kontrolltätigkeit im Verkehrsbe- reich in Std.: <b>SOLL 45'000</b> [statt SOLL 55'000] <b>Sicherheit und Ordnung</b> Steuerungsvorgabe 1): Uniformierte Präsenz in Std.: SOLL entsprechend erhöhen ( <b>Kompensation</b> )
PG 210100 Sicherheit und Ordnung		

### Beschluss

Die Anträge der SVP/JSVP zu den Seiten 134 und 128 werden mit 31 : 38 Stimmen bei 0 Enthaltungen abgelehnt.

S. 160 PG 250200 Hilfe- und Dienstleistungen	FKÖ Steuerungsvorgabe und Kennzahl	<i>Steuerungsvorgabe zu Kennzahl ändern</i> Steuerungsvorgabe 1): „Kundenzufriedenheit“ wird zu Kennzahl 3)
S. 164 PG 250300 Zivilschutz	FKÖ Kennzahl	<i>Kennzahl Nr. 13 ersatzlos streichen</i> (Anzahl Ereignisse in ausserordentlichen Lagen)
S. 151 PG 240100 Hilfeleistungen	FKÖ Steuerungsvorgaben	<i>Änderung redaktioneller Art:</i> Vorgabe 1) Notfalleinsätze <del>in bis</del> 15 Min. Vorgabe 2) Notfalleinsätze <del>in 30 Min.</del> <b>von 16 Min. bis 30 Min.</b>

### Beschluss

Die Änderungen der FKÖ zu den Seiten 160, 164 und 151 sind unbestritten und werden stillschweigend genehmigt.

## **PGB Direktion für Soziale Sicherheit (DSO)**

*Verena Furrer-Lehmann* (GFL) für die SBU: Die Kommission hat die Budgets der Direktionen BUI und DSO genau geprüft. Wir haben zahlreiche Delegationsbesuche und Zweierdelegationen durchgeführt und an zwei Nachmittagen die Traktanden und Anträge eingehend behandelt. Das wichtigste finanzpolitische Thema, das sich über beide Direktionen erstreckt, betrifft die unklare Finanzierung der Leistungen, die bis anhin durch den kantonalen Lastenausgleich finanziert wurden. Dabei geht es bei der DSO vor allem um zusätzliche Tagesbetreuungsplätze im KITA-Bereich und bei der BUI um zusätzliche Plätze im Tagesschulbereich. Insgesamt betragen die Kosten dafür 1,2 Mio. Die Stadt hat beim Kanton vorschriftgemäss ein Gesuch eingereicht, aber der Kanton hat bekanntlich seine bisherige Finanzierungspraxis in Frage gestellt und der definitive Entscheid bleibt noch für längere Zeit ausstehend. Die Kosten sind nun im Budget enthalten und die Kommission SBU hat einen Antrag abgelehnt, der forderte, dass die Realisierung der zusätzlichen Angebote erst dann in Angriff genommen werden soll, wenn der Kanton sich entschieden hat. Das ist einerseits ein Zeichen dafür, dass die SBU das Angebot an zusätzlichen, familienexternen Betreuungsplätzen prioritär behandelt und in diesem Bereich einen politischen Schwerpunkt setzen will. Andererseits waren wir uns bewusst, dass es taktisch problematisch sein könnte, dem Kanton zu signalisieren, dass die Stadt die Mittel allenfalls auch selbst aufbringen kann, falls er sich aus der bisherigen finanziellen Verantwortung zurückzieht. Wir werden die Diskussion zu diesem Thema im Stadtrat bei der Detailberatung noch führen. Auf jeden Fall war es der SBU wichtig, dass die Planung nicht behindert wird und die Projekte sofort in Angriff genommen werden können.

Es gibt ein weiteres Problem, das beide Direktionen betrifft: Bei jenen Ausgaben, die lastenausgleichsberechtigt sind fehlt bezüglich der effektiven Nettokosten der einzelnen Produkte für die Stadt jegliche Transparenz im Produktgruppen-Budget. Ich möchte die BAK bitten, hier besonders aufmerksam zu sein, weil die SBU dazu einen Wunsch und einen Antrag vorbringen möchte. In der Regel werden nur die Bruttokosten ausgewiesen – aber auch das wird nicht bei allen Dienststellen gleich gehandhabt. Als Beispiel: Wir budgetieren 800 000 für zusätzliche KITA-Plätze, aber die 90 Prozent, welche bis anhin durch den Kanton finanziert wurden, gehen aus dem Produktgruppen-Budget nicht hervor. Somit ist unklar, wie hoch die effektiven Kosten sind. Im Lastenausgleich wird der Erlös lediglich in einem Sammelkonto als Pauschalbetrag ausgewiesen. Die SBU fordert die BAK auf, sich im Hinblick auf das Budget 2006 mit dieser Problematik auseinanderzusetzen. Kostentransparenz ist für uns ein zentrales Element des NSB-Systems.

Zur DSO: Die Mehrkosten gegenüber dem Voranschlag 2004 betragen 4,3 Mio oder 5 Prozent. Sie sind im Wesentlichen zurückzuführen auf die schwierige Situation auf dem Arbeitsmarkt, die sich negativ auf die Sozialentwicklung auswirkt und zu steigenden Fallzahlen führt: Im letzten Jahren war es 13 Prozent mehr. Das erfordert Massnahmen, z.B. vorübergehende Personalaufstockung, zusätzliche Angebote im Bereich Jugendarbeitslosigkeit und anderes. Wir werden hier im Rat wohl demnächst auch über das Projekt Pinto befinden, das die Lage am Brennpunkt Bahnhof – vor allem im legalen Suchtbereich – entschärfen soll. Nach wie vor gibt es lange Wartelisten im Tagesbetreuungsbereich und wir haben zur Erfüllung des politischen Auftrags 40 neue Plätze geschaffen.

Mit 8 : 0 Stimmen bei 3 Enthaltungen beantragt die SBU dem Stadtrat, das vom Gemeinderat vorgelegte Produktgruppen-Budget 05 inklusive die Anträge der SBU zu genehmigen. Zu den einzelnen Anträgen: Jener zur Seite 203, Massnahmen zur beruflichen und sozialen Integration, betrifft die vom beco geforderten 10 zusätzliche Plätze im Jugendarbeitslosigkeitsbereich. Wir sind damit sehr zufrieden, weil es sich hier um einen effektiven Problembereich handelt. Wir wollen dies unterstützen, indem die Stadt die nötigen Mittel dazu beisteuert: 42 120 Franken. Die Kommission SBU hat diesem Antrag mit 9 : 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen

gen zugestimmt. Beim Antrag zu Seite 206, Kinder- und Jugendförderung, geht es um die Aufstockung des Globalkredits des Jugendamts – für den Gaskessel, respektive die Unterstützung von Jugendmedien und die betreute Beschäftigung für Jugendliche in sozial schwierigen Situationen. In der ersten Beratung hat die SBU diesen Antrag abgelehnt, in der Zwischenzeit haben wir hier im Rat einen entsprechenden Vorstoss diskutiert und unsere Meinung geändert. Dass der Antrag auch in der BAK wieder gestellt wurde, möchte ich kritisieren: Es gehört nicht in den Kompetenzbereich der BAK, einzelne Sachanträge zu stellen. Das ist Sache der Sachkommission und sollte weiterhin so gehandhabt werden. Aufgrund der Diskussion im Stadtrat haben wir den Antrag in der SBU noch einmal behandelt und haben ihn in der zweiten Lesung mit 5 : 4 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

- Die Beratung des Traktandum 2 wird in der Sitzung vom 16. September fortgesetzt. -

## Eingänge

Es werden drei Postulate und eine Interpellation eingereicht und an den Gemeinderat weiter geleitet, nämlich:

### **Postulat Simon Röthlisberger (JA!): Offroader-Boom stoppen!**

Die schweren Geländefahrzeuge nehmen stetig zu. Diese Entwicklung ist aus Sicht der Verkehrssicherheit und des Energieverbrauchs äusserst problematisch. Der Benzinverbrauch könnte stark gesenkt werden, wenn das Gewicht der Fahrzeuge reduziert würde. Das Gewicht, der Energieverbrauch und CO<sub>2</sub>-Austoss sind voneinander abhängige Variablen.

Durch die grosse Masse, die hohe Bauweise und die steife Konstruktion gefährden schwere Geländefahrzeuge überdurchschnittlich FussgängerInnen, VelofahrerInnen und Personen in normalen Personenwagen:

- Kinder können schon bei tiefen Geschwindigkeiten tödlich getroffen werden, weil Geländewagen sie genau auf Kopfhöhe treffen.
- Die rechte Fahrbahnhälfte wird für VelofahrerInnen weiter eingeschränkt. Dies führt zu gefährlichen Überholmanövern oder zum Ausweichen der VelofahrerInnen auf das Trottoir.
- Gemäss einer Studie der Winterthur Versicherung verursachen Geländefahrzeuge im Vergleich zu PKW etwa 40% häufiger Schäden an andern Personen oder Fahrzeugen. Von den Geländefahrzeugen geht deshalb eine „alarmierende Fremdgefährdung“ aus (Winterthur Versicherung, 6. Juli 2000; siehe [www.4x4.jungegruene.ch](http://www.4x4.jungegruene.ch)).
- Auch die Personen in den Geländefahrzeugen wännen sich in einer Scheinsicherheit: Viele der nach EuroNCAP (European New Car Assessment Programme) getesteten schweren Geländefahrzeuge erreichen wegen der steifen Karosserie schlechtere Ergebnisse als Mittelklassewagen. Zudem ist das Risiko des Überschlagens wegen des hohen Schwerpunktes systembedingt.

Die Junge Alternative JA! ist sich durchaus bewusst, dass der Handlungsspielraum auf städtischer Ebene eingeschränkt ist. Dies kann jedoch kein Grund sein, dem Offroad-Boom tatenlos zuzuschauen und keine Initiative zu ergreifen. Zudem liegen Massnahmen wie Fahrverbote, eingeschränkte Parkiermöglichkeiten und Sensibilisierungskampagnen absolut im Einflussbereich der Stadt.

Vorstösse zur Einschränkung von schweren Geländefahrzeugen wurden auch in den Städten Paris, Genf und Zürich eingereicht. Wir fordern den Gemeinderat deshalb auf:

1. Massnahmen (auf rechtlicher Ebene und Kommunikationsarbeit) zur Reduktion schwerer Geländefahrzeuge in der Stadt Bern auszuarbeiten. Nur Nutzfahrzeuge (MarktfahrerInnen, HandwerkerInnen usw.) sollen von den Einschränkungen ausgenommen sein.
2. In den Bereichen, in welchen der Handlungsspielraum der Stadt Bern eingeschränkt ist (z.B. Besteuerung nach Gewicht), deponiert der Gemeinderat beim Kanton und Bund die Forderung, mehr Kompetenzen zu erhalten, um die Anzahl schwerer Geländefahrzeuge effektiv verringern zu können.

Bern, 9. September 2004

*Postulat Simon Röthlisberger (JA!), Catherine Weber, Doris Schneider, Michael Jordi, Natalie Imboden, Martina Dvoracek, Daniele Jenni, Miriam Schwarz, Ruedi Keller*

**Postulat Martina Dvoracek (GB): Stadt Bern als Pilotgemeinde für „Sanften Mobilfunk“**

Der Mobilfunk ist zum breit akzeptierten Kommunikationsmittel der SchweizerInnen geworden. Gleichzeitig ist aber auch eine wachsende Skepsis gegenüber der mit dem Mobilfunk verbundenen elektromagnetischen Strahlenbelastung auszumachen. Zur Verunsicherung führt einerseits die nicht geklärte Frage nach der biologischen Wirkung dieser Strahlung, andererseits ruft die eher dürftige Informationspolitik von Betreibern und öffentlicher Hand Widerstände hervor. Mit dem Aufbau des UMTS-Netzes wird dieser Konflikt nochmals verschärft. Im Kanton Bern ist das Thema auf Gemeindeebene ein Dauerbrenner. In Muri wurde die Errichtung von Mobilfunksendern auf öffentlichen Gebäuden mittels Initiative eingeschränkt, in Aarwangen musste ein Gesuch von der Betreibergesellschaft zurückgezogen werden, praktisch gegen jedes Antennenstandortgesuch wird mit Einsprachen opponiert.

Es gilt, einen Interessenausgleich zwischen den Anliegen der Bevölkerung und der Einhaltung der geforderten Qualitätsstandards im Mobilfunk zu finden. Konzepte für einen solchen, „sanften“ Mobilfunk existieren oder wurden sogar bereits umgesetzt. So wurde in Salzburg in den Jahren 1998 bis 2001 das sogenannte Salzburger Modell zwischen den Betreibern und Bürgerinitiativen/Stadt praktiziert. Leider sind dort die Anbieter aus kommerziellen Interessen wieder ausgestiegen. Aus Deutschland kommt der Ansatz der integrierten kommunalen Mobilfunkplanung iKoM mittels derer im Siedlungsgebiet die Strahlenbelastung reduziert wird. In der Schweiz ist bis anhin kein Pilotprojekt für sanften Mobilfunk durchgeführt worden. Die anhaltenden und breit abgestützten Widerstände aus der Bevölkerung gegen Antennenstandorte müssten aber sowohl Betreiber wie öffentliche Hand dazu animieren, Lösungen zu präsentieren.

Der Gemeinderat wird aufgefordert, bei den Mobilfunkanbietern sein Interesse an der Durchführung eines Pilotprojekts „Sanfter Mobilfunk“ auf städtischem Boden anzumelden.

Bern, 9. September 2004

*Postulat Martina Dvoracek (GB), Natalie Imboden, Annemarie Sancar-Flückiger, Simon Röthlisberger, Michael Jordi, Daniele Jenni*

**Postulat Verena Furrer-Lehmann (GFL): „Aalborg Commitments“: Mitunterzeichnung durch die Stadt Bern**

In der dänischen Stadt Aalborg wurden kürzlich die „Aalborg Commitments“ unterzeichnet. Die daran beteiligten über 100 europäischen Städte von Aalborg bis Verona verpflichten sich darin auf eine nachhaltige Stadtentwicklung. Bisher hat keine Schweizer Stadt mitunterzeichnet. Die europäischen Kommunalbehörden sehen in den Commitments einen signifikanten Schritt von den Nachhaltigkeitsprinzipien der Lokalen Agenda 21 hin zu strategischem und koordiniertem Handeln. Besonders interessant scheint der europaweite Zusammenschluss von Städten mit ihren spezifischen Problemstellungen zu sein. Dabei können Lehren und Beispiele Anregungen für eigenes Tun und Lassen werden.

Mit der Kampagne der „Aalborg Commitments“ soll die künftige Stadtentwicklung auf ökologische, soziale und wirtschaftliche Nachhaltigkeit ausgerichtet werden. Diese kann nur Früchte tragen, wenn sie aus einem lokalen Bewusstsein heraus eine globale Auswirkung anstrebt, namentlich im Bereich der Erhaltung der Lebensgrundlagen und des Klimaschutzes. Wichtig sind dabei vor allem der Schutz von Naturgütern, die Reduktion des Verkehrs, die soziale Gerechtigkeit und eine zukunftsbeständige lokale Wirtschaft. Weitere Angaben finden sich unter [www.aalborgplus10.dk](http://www.aalborgplus10.dk).

Ich bitte ich den Gemeinderat,

1. die Unterlagen der „Aalborg Commitments“ und die sich aus einem Beitritt ergebenden Verpflichtungen im Detail zu prüfen,

2. die Bedingungen für einen nachträglichen Beitritt zu eruieren,
3. nach erfolgter Prüfung die „Aalborg Commitments“ zu unterzeichnen

Bern, 9. September 2004

*Postulat Verena Furrer-Lehmann (GFL), Peter Künzler, Ueli Stüchelberger, Martin Trachsel, Anna Coninx*

### **Interpellation Natalie Imboden (GB): Horizontale oder vertikale Beschriftungen? Eine Lösung für die Logo-Posse am Kornhaus**

Vor acht Jahren hat die Berner Bevölkerung mit einem Umbaukredit den Grundstein für eine neue vielfältige und zeitgenössische Nutzung des historischen Kornhaus als Haus für Medien und Gestaltung gelegt. Seither sind verschiedene, vor allem kulturelle Projekte im Kornhaus eingemietet: eine Bibliothek, ein Forum, eine Bühne des Stadttheaters und ein Café. Es liegt sowohl im Interesse der einzelnen Institutionen, aber auch der Stadt, dass dieses vielfältige Angebot dem Publikum bekannt gemacht werden kann.

Ein Entscheid des Regierungsstatthalters auf ein Baugesuch der Liegenschaftsverwaltung sorgt nun für Kopfschütteln: am Kornhaus dürfen keine horizontalen Beschriftungen mehr angebracht werden, vertikale hingegen schon. Dass das historische Sandsteingebäude besonderen Schutz verdient ist unumstritten. Warum horizontale Schriften nicht akzeptiert werden, hingegen vertikale Beschriftungen zwar von Fachinstanzen gerügt, aber trotzdem toleriert werden, ist nicht einsichtig. Es handelt sich um ein öffentliches Gebäude mit einer mehrheitlich kulturellen Nutzung, die im Interesse der Berner Bevölkerung steht. Bei den grundsätzlich notwendigen Einschränkungen für die Beschriftung von schützenswerten Gebäuden, sollte zwischen Gebäuden mit öffentlicher und/oder kultureller, nicht-kommerzieller einerseits und kommerzieller Nutzung andererseits differenziert werden. Neben den denkmalpflegerischen Argumenten sollten auch die Anliegen der (potentiellen) BenutzerInnen berücksichtigt werden. So geht es im vorliegenden Fall nicht um plumpe kommerzielle Neonleuchtreklamen mit dem Ziel mehr private Kundschaft anzusprechen, sondern darum, durch die Beschriftung des Kornhauses die (möglichen) BenutzerInnen anzusprechen und ihnen sprichwörtlich den Weg zu weisen. Dies soll zudem auf eine gestalterisch ansprechende Art und Weise gemacht werden. So handelt es sich um ein Corporate Design, welches aus einem Wettbewerb hervorging und mit traditionellen und modernen Schriftelementen die Verbindung des historischen Gebäudes und der zeitgenössischen Nutzung respektiert.

Die Auseinandersetzung um die Kornhausbeschriftung hat bereits eine längere Geschichte, die posenartige und kleinkrämerische Züge trägt. Es erstaunt zudem, dass eine Interpellation zum Thema (Annemarie Lehmann, FDP: Die Geister, die ich rief...) bis heute im Stadtrat nicht behandelt wurde, obwohl sie bereits am 21. November 2002 eingereicht wurde. Die Öffentlichkeit hat ein Interesse, dass dieser kleinliche Schriften-Streit bereinigt und eine Lösung gefunden wird.

Daher stellen wir dem Gemeinderat folgende Fragen:

1. Wie beurteilt der Gemeinderat den langjährigen Schriftenstreit aus der Sicht der Kulturstadt Bern?
2. Warum werden die denkmalpflegerischen und schützenden Argumente stärker gewichtet als die ebenfalls berechtigten Anliegen der Mieterschaft, bzw. des Publikums?
3. Was gedenkt der Gemeinderat zu tun, damit der kleinkrämerische Schriftenstreit endlich beigelegt werden kann?
4. Ist der Gemeinderat bereit, eine differenzierte Regelungen für kommerzielle oder kulturelle Nutzungen von historischen Gebäuden zu machen?

5. Gedenkt der Gemeinderat das Bewilligungsverfahren „Gesuch für die Einrichtung von Reklamen“ im Rahmen der anstehenden Revision der Bauordnung zu klären?
6. Welche Rolle kommt der neuen Stadtbildkommission bei derartigen Auseinandersetzungen zu?
7. Gedenkt die städtische Liegenschaftsverwaltung als Eigentümerin des Gebäudes den Entscheid an den Kanton weiterzuziehen?

Bern, 9. September 2004

*Interpellation Natalie Imboden (GB), Catherine Weber, Doris Schneider, Annemarie Sancar-Flückiger, Martina Dvoracek, Daniele Jenni, Simon Röthlisberger, Michael Jordi*

**Schluss der Sitzung: 22.35 Uhr.**

Namens des Stadtrats:

Die Präsidentin: *Margrit Stucki-Mäder*

Die Protokollführerin: *Gabi Fischer*